

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 177

SONNTAG, 1 Nov. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
Die Mobilmachung der Wirtschaft  
Warum putschen Spaniens Generale?  
Der Betrieb in Wahrheit und Dichtung  
Terror in Danzig

# Die Spuren Ludendorffs

## Angriffsvorbereitungen des deutschen Militarismus

Hitler folgt den Spuren Ludendorffs. Er zieht die Maschine des deutschen Militarismus neu auf. In der Anlage ist alles gigantischer und totaler als bei Ludendorff. Der Wahnsinn ist gleich gigantisch und total. Es ist ein Hasardspiel, das alles auf eine Karte setzt. Und wenn diese Karte nicht sticht — was dann?

Der neue Vierjahresplan, in den sich das System jetzt mit der manischen Wut des neuen Militarismus stürzt, läßt nur noch den Ausweg in die Gewalt. Von diesem Vierjahresplan geht kein Weg zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, der nicht den völligen Zusammenbruch des Systems zur Voraussetzung hätte. Alle Tendenzen der deutschen Kriegswirtschaft, die wie eine Selbstblockade Deutschlands wirken, werden jetzt auf die Spitze getrieben. Die Anfänge sind sichtbar, sie sind heute schon katastrophenhaft — das Ende mit Schrecken kann man nur ahnen.

Die Durchführung des Vierjahresplans bedeutet neue Kapitalvergeudung, Neuanlage von Produktionsstätten, die im Frieden gänzlich sinnlos und wertlos sind, bedeutet weitere Zerstörung der Grundlagen einer vernünftigen Friedenswirtschaft, neue Senkung der Lebenshaltung des deutschen Volkes. Eine solche Gewaltkur geht auch in einer Militärdiktatur nicht ohne Widerstände und Reibungen ab. Um diese Widerstände zu brechen, hat Hitler Göring zum Wirtschaftsdiktator gemacht. Mit der Person Görings übernimmt der deutsche Militarismus selbst die Leitung der Kriegswirtschaft. Chef des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe ist der Oberstleutnant im Generalstab Löb. Wenn bisher das System sich noch bemüht hat, den Schein der Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung aufrecht zu erhalten, so wird jetzt darauf nicht der mindeste Wert gelegt. Das sogenannte Reichskabinett existiert nicht mehr, Gesetze werden über diese wichtigsten Dinge nicht mehr erlassen, es wird lediglich angeordnet. Die Ernennung Görings, so wenig sensationell sie an sich ist, bezeichnet den Uebergang zur reinen kriegsmäßigen Militärdiktatur in der Wirtschaft. Nichts wäre falscher als das so beliebte Urteil, daß Hitlers Vierjahresplan und Görings Ernennung Symptome dafür seien, daß der deutsche Militarismus sich erst in dem Vorbereitungsstadium befände und noch nicht »fertig« sei. Dies Urteil ist nur ein Strohalm, an dem sich die Hoffnung der Friedliebenden klammert. Dieser Uebergang zu reiner Kriegswirtschaft, die Leitung der Wirtschaft so, als ob Deutschland schon effektiver kriegsmäßiger Blockade unterliege, ist vielmehr ein Zeichen dafür, wie fertig der deutsche Militarismus schon ist. Die Ernennung Görings dient nicht nur der Ueberwindung einer zeitweilig auftauchenden Teilschwierigkeit, wie es beispielsweise die Aufbringung und Verteilung der neuen Exportabgabe ist, sie ist von viel allgemeinerer Bedeutung. Aus der Zusammenfassung seines Amtes, aus seinen ersten organisatorischen Anordnungen läßt sich erkennen, daß sie ein Symptom der Kriegsbereitschaft ist. Es handelt sich um die reinste Mobilmachung für den Ernstfall.

Man muß sich hüten, diese Dinge mit der schon üblich gewordenen Stumpfheit hinzunehmen, die sich über nichts mehr wundert und erregt, was in Deutschland an unmittelbarer Kriegsvorbereitung ge-

schieht. Diese gigantischen Kapitalaufwendungen, die Unterstellung aller Wirtschaft unter den Kriegszweck geschieht wirklich nicht nur aus Spielerei oder weil die Diktatoren ein wenig verrückt seien. Sie hat mit einer auf den Frieden abzielenden Politik, die dem Volke normale Lebensbedingungen schaffen will, aber auch gar nichts zu tun. Sie ist längst nicht mehr zu begründen mit den Notwendigkeiten der Landesverteidigung. Sie ist ein Ausfluß des Willens zum Kriege, und dieser Wille zum Kriege ist dem neuen deutschen Militarismus immanent. Die Totalität der Erfassung der deutschen Wirtschaft für die Zwecke des Krieges ist der sichtbarste Beweis für die Angriffspläne der deutschen Militärs.

Unter dem Drucke einer totalen Kriegswirtschaft muß das deutsche Volk heute schon leben wie im Kriege. Wichtigste Lebensmittel sind knapp geworden — von der Teuerung gar nicht zu reden. Gegenüber dem Stande von 1932 — dem schwersten Krisenjahr, in dem eine rücksichts-

lose Deflationspolitik die Lebenshaltung der deutschen Volksmassen schon erheblich gesenkt hatte — ist eine weitere Senkung der Lebenshaltung um 20 Prozent eingetreten. Der neue Vierjahresplan soll sie noch weiter senken. Die nüchternen, menschenverachtenden Machtpolitiker des Systems wollen sie gegenüber 1932 um 50 Prozent senken!

Sie machen aus Teuerung und Lebensmittelknappheit gar kein Hehl. Die Parole »Kanonnen statt Butter« zeigt, wie sie auch geistig das Volk auf den Krieg einzustellen trachten. Zum Kriege aber gehört Haß, sinnloser Haß, der die Empörung über den Druck, das Elend, den Hunger auf den äußeren Feind ablenkt. Darum plant das System einen neuen großen Propagandafeldzug zur Ergänzung des Vierjahresplanes. Am 30. Oktober beginnt in Deutschland eine neue Versammlungswelle unter der Parole »Wir greifen an!« In hunderttausend Versammlungen soll die antibolschewistisch-antisemitische Hetze, die den Grundton der Reden auf dem

Nürnbergertag bildete, ins Volk getragen werden. Die Kriegshetze gegen Sowjetrußland soll mit einer Intensität betrieben werden, als ob der Krieg schon ausgebrochen sei. Auf der einen Seite das Zugeständnis, daß die Volksernährung immer knapper wird — auf der anderen Seite die Hetze gegen Sowjetrußland. Der Sinn des Propagandakrieges des Systems gegen die Vernunft, die die Schuld an der deutschen Volksnot der Diktatur zuschreibt, ist es, die Stimmung zu erzeugen: Sowjetrußland ist schuld, daß wir hungern müssen, Sowjetrußland ist der Feind!

So wie das System in ganz Europa mit seiner Antisowjethetze die Friedensfront zu zerstören sucht, so will es im Lande selbst die Kriegsstimmung gegen Sowjetrußland hochpeitschen. So handelt kein System, das sich noch in den Anfängen seiner Vorbereitungen fühlt, so handelt nur ein System, das mit praktischen Auskünften seiner Maßnahmen in unmittelbarer Gegenwart rechnet!

## Der Terror in Danzig

Am 14. Oktober, abends um etwa 8½ Uhr, wurde eine Mitgliederversammlung des Bezirkes Altstadt der Katholischen Zentrumspartei der Freien Stadt Danzig, die im Vereinshaus Breitgasse stattfand, von einem Trupp bewaffneter Nationalsozialisten überfallen. Die Versammlung war von etwa 200 Personen besucht. Redner in der Versammlung war der Abgeordnete Wawer. Kurz nach Beginn seines Vortrages drangen die Nationalsozialisten in geschlossenen Trupps in den Saal und schlugen blindlings auf die wehrlosen Versammlungsteilnehmer mit Stahlruten, Gummiknüppeln und anderen Waffen ein. Vier Versammlungsteilnehmer wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten, sechs Versammlungsteilnehmer wurden leichter verletzt. Die Polizei griff nicht ein. Der Überfall war von den Nationalsozialisten in ähnlicher Weise organisiert worden wie jener bekannte Überfall auf die deutschnationale Versammlung im St.-Josephs-Haus im Juni d. J.

Nationalsozialisten haben einen Überfall auf das Haus des ehemaligen sozialdemokratischen Senators Karl Rehberg verübt. Die Nationalsozialisten zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben, warfen die Eingangstür des Hauses in die Weichsel und drangen in die Wohnung ein. Aus dem Haus wurden landwirtschaftliche Geräte gestohlen. Rehberg befindet sich in Schutzhaft.

In der Redaktion und in den Geschäftsräumen der sozialdemokratischen »Danziger Volksstimme« nahm die politische Polizei erneut eine Hausdurchsuchung vor. Die Polizei beschlagnahmte eine Reihe von Büro- und anderem Material, das sich angeblich im Besitz der Partei befunden haben soll.

Der Hof der »Danziger Volksstimme« wird polizeilich bewacht.

Die politische Polizei nahm erneut Hausdurchsuchungen bei dem Vorsitzenden des Danziger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, Thomat, und bei dem Kassierer des gleichen Verbandes, Werner, vor. Der Danziger Arbeiter-Turn- und Sportverband ist bekanntlich eine Bezirksgruppe des Polni-

schen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes mit dem Sitz in Warschau.

In polizeilicher Schutzhaft befinden sich zur Zeit in Danzig im ganzen 120 Sozialdemokraten. Der Gauleiter der NSDAP in Danzig, der deutsche Reichstagsabgeordnete Albert Forster, hat erklärt, daß die Verhafteten nicht eher freigelassen würden, als bis alle Organisationen der Danziger Oppositionsparteien zerschlagen wären.

Der Danziger Polizeipräsident Froböb und der Leiter der Politischen Polizei, Grötzner, wurden vor Erlaß des Verbotes der Sozialdemokratie zu Besprechungen nach Berlin berufen. — Bei der Danziger Politischen Polizei wurden in den letzten Tagen zwanzig Gestapo-Leute aus dem Reich neu eingestellt.

In der am 3. Oktober veranstalteten Versammlung der Danziger Richter hatte der Gauleiter der NSDAP, Forster, unter anderem auch erklärt: es sei ein Skandal, daß die jüdische Aerztin Lily Beck, die in erster Instanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und aus der Haft entlassen worden war, nicht lebenslanglich Zuchthaus erhalten hätte. Frau Beck wurde daraufhin in Schutzhaft genommen. Das Urteil gegen sie ist noch nicht rechtskräftig, da sie Revision beim Obergericht angemeldet hat.

## Das Gespenst des Faschistenblocks

Deutschland und Italien.

Es gehört zum Stil der Diktaturen, daß sie alles, was sie tun, bombastisch tun. So wurde auch der Besuch des italienischen Außenministers, Grafen Ciano, des Schwiegersohns Mussolinis, in Berlin und im Führerschloß bei Berchtesgaden von der deutschen Presse — und im gewissen Abstand auch von der italienischen — als ein weltgeschichtliches Ereignis gefeiert. Er wäre das gewesen, wenn durch ihn die Grundlagen zu einem deutsch-italienischen Bündnis gelegt worden wären, doch spricht nichts dafür, daß dies wirklich geschehen ist. Von der Möglichkeit einer Kooperation der beiden

faschistischen Hauptländer im Kriegsfall — und dieser »cauchemar des coalitions« liegt Frankreich schwer auf der Brust — spricht man ja schon lange — aber etwas Neues, das solche Bourgeoisie verstärken könnte, ist nicht eingetreten.

Niemand kann heute sagen, wie sich die Konstellation der Mächte in einem künftigen Kriege gestalten wird, und noch immer spricht alles für die Annahme, daß Deutschland dann noch isolierter sein wird als 1914. Ist es schon fraglich, ob die Rolle des Sieglers in Zukunft noch eine beneidenswerte sein wird, so gilt das noch viel mehr für die eines Mitsieglers an der Seite Deutschlands. Es ist nicht anzunehmen, daß sich Mussolini nach dieser Rolle sehnt. Verdankt er doch seinen inneren Sieg vor allem der Tatsache, daß sich Italien im Jahre 1919 als ein zu kurz gekommener Mitsieger fühlte. Schwerlich hat er den Ehrgeiz, für Hitler Europa zu erobern, um dann als Vasall an der untersten Stufe seines Thrones stehen zu dürfen.

Darüber hinaus sprechen aber auch ernste militärische Erwägungen gegen die Möglichkeit eines deutsch-italienischen Kriegsverbündnisses. Beide Länder nehmen zusammen dank ihrer geographischen Lage in Friedenszeiten in Europa eine gewaltige Machtstellung ein; im Kriegsfall würden sie sich zwischen eine englisch-französische Westfront eingeklemmt finden, die ihnen hier den Weg in die Weite des Kontinents, auch den zum freien Meer, versperrt. Ohne endgültige Zertrümmerung wenigstens einer der beiden Fronten gäbe es keinen wirklichen Sieg.

So hat denn die Behauptung, daß die deutsch-italienische Freundschaft ein »Friedensinstrument« darstellt, so hohnvoll sie auch klingen mag, ihren guten Sinn, wenn sie nur richtig verstanden wird. Diese Freundschaft ist stark genug, um in Friedenszeiten als Mittel in diplomatischen Erpressungen hervorragend zu wirken. Eine ganz andere Frage ist, was von ihr übrig bleiben wird, wenn es einmal hart auf hart geht.

Italien kann als Erfolg von Berchtesgaden zunächst die Anerkennung des Kaiserreiches Aethiopiens durch Deutschland buchen. Keine geringe Leistung, wenn

# Deutsche Streiflichter

man bedenkt, daß Berlin damit den vielen Bräuderungen Londons, die es sich schon geleistet hat, eine schwerwiegende neue hinzufügt! Deutschland gewinnt damit verbesserte Aussichten auf italienische Unterstützung bei dem Versuch, Sowjetrußland aus den Verhandlungen über den Westpakt hinauszudrängen. Aber kann durch solche Manöver die Ausschaltung Sowjetrußlands aus der europäischen Politik erreicht werden? Man will Frankreich schwächen, indem man es von Sowjetrußland trennt — aber je schwächer Frankreich wird, desto mehr ist die Tschecoslowakei, wenn sie sich nicht auf Gnade oder Ungnade in Deutschlands Hände geben will, auf das Bündnis mit der Sowjetunion angewiesen. Kein Wunder also, daß sowohl der tschechische Außenminister Krofta wie der Ministerpräsident Hodža gerade jetzt ihre Treue zu den bestehenden Bündnissen besonders entschieden betonen. Rumänien und Jugoslawien können sich aber auch niemals endgültig auf die Seite von Mächten stellen, deren Sieg in einem Kriege automatisch auch den Sieg der ungarischen Revisionswünsche nach sich ziehen müßte.

Das alles sieht nicht danach aus, als ob durch die Reise Cianos nach Berlin das Antlitz Europas entscheidend verändert worden wäre. Nichts ist gewiß als die Ungewißheit, nichts bleibender als der Wechsel.

## »Los von Rom!« nach braunem Muster

Der Himmler- und der Papen-Kreis.

Vor einiger Zeit wurde es ausdrücklich vermerkt, daß Hitlers widerlichste Kreatur, der »Reichsführer der SS« Himmler — Kameradenmörder und oberster Tscheka-Sadist — aus der katholischen Kirche ausgetreten sei. Der Himmler ist sicherlich eine der mächtigsten, sicherlich die unheimlichste Figur des Dritten Reiches. Er ist der unumschränkte Gebieter der Polizei und damit allgewaltiger Chef der kopfreichsten Behörde, über die die Diktatur verfügt. Was Wunder, wenn jetzt der streng-katholische Pariser »Kulturkampf« zu melden weiß:

»Der Kirchenaustritt Himmlers hat zahlreiche Nachahmer gefunden, sowohl in der Polizei und der Geheimen Staatspolizei, als auch in der SS und vor allem in der Leibstandarte Adolf Hitlers. Kann es verwundern, daß im nationalsozialistischen Führerstaat die angeblich private Geste des gewaltigen Oberen der Gestapo und SS für ein Signal gehalten wird?«

Politisch und geistig ein wenig komplizierter, aber nicht minder charakteristisch für die Höhe der neuen »Los-von-Rom«-Welle, die das Dritte Reich, auf Schönerers Fußstapfen dahertappend, entfesselt hat, ist die alt-katholische »Bekehrung« eines gewissen Herrn Brombacher, der mit dem früheren Chefredakteur der »Germania«, Herrn Ritter, als ehemaliger badischer Zentrumspublizist, sich schon sehr früh im Dritten Reich für die borusische Form des Papen-Katholizismus öffentlich eingesetzt hatte. Der Alt-Katholizismus, den Döllinger im Widerspruch zum Unfehlbarkeitsdogma, wie es durch den Kampf-Papst Pius den Neunten nach endgültigem Verlust der weltlichen Herrschaft verkündet wurde, in der Zeit der Verwicklungen in der Gefolgschaft des siebziger Krieges ins Leben rief und der sich im Bismarckschen Kulturkampf der stärksten Förderung durch den eisernen Kanzler erfreute, war bis zu Hitlers Machtantritt längst wieder auf eine sehr spärlich bewachsenen Intellektuellen-Reservation im Süden und am Rhein hinuntergesunken. In Köln z. B., wo er einmal nicht wenige früher katholische Aerzte, Anwälte, Ingenieure, Professoren usw. gemustert hatte, war er kaum imstande, noch das Gehalt für einen einzigen Pfarrer aufzubringen. Jetzt hat Hitler — schon deshalb, weil sich die nationalsozialistischen Behörden mit auffallendem Wohlwollen der Sekte annehmen — ihn wieder quasi in Mode gebracht. Der Konvertit Brombacher galt zusammen mit Herrn Ritter als der authentischste Interpret der im »Herren«-Kreis des Herrn von Papen gepflegten Ideen. Herrn Franz von Papen mag also die Sache nicht ganz angenehm sein; sein apostolischer Kredit an der Donau, mit dem er so gern dort Geschäfte machen möchte, ist so wie so nicht von weit her . . .

## Der Unwiderstehliche

»Da habe ich doch gestern eine große Freude gehabt: Zum erstenmal geschah es, daß mein Chef in Geldsachen zu mir kam. Es handelte sich nämlich um die Winterhilfe. Er kam mit der Büchse und sammelte. Und ich freute mich nicht nur, daß er kam, es machte mir besonderes Vergnügen, daß ich großzügig sein und ihm nichts abschlagen konnte.«

»Der Westen«, Berlin, Nr. 287.

## Gezähmte Bischöfe

Die vorjährige Denkschrift der deutschen Bischofskonferenz an den Reichskanzler und Führer ist nicht beantwortet worden. Auch die diesjährige wird keine Antwort erhalten. Es sei denn, daß die Bischöfe neue schwere Konkordatsverletzungen als Antwort ansehen wollen. Eine der größten von den zahlreichen bisherigen ist der Hinauswurf der Ordenslehrkräfte aus den bayrischen Schulen. Nachdem gerade auch in Bayern die Konfessionschule von Jahr zu Jahr zurückgedrängt worden ist, werden nun die klösterlichen Lehrkräfte, insgesamt 1676 Schwestern, aus dem öffentlichen Unterricht ausgeschaltet. Es ist in diesem Zusammenhange gleichgültig, wie man grundsätzlich zu der Frage Kirche und Schule steht. Politisch wichtig ist, daß die katholische Kirche diese schwere und rechtswidrige neue Herausforderung mit christlicher Demut und himmlischer Geduld hinnimmt. Selbst bei Kardinal Faulhaber scheint es zu einer Protestbewegung nicht mehr zu reichen. Aber erst seine bischöflichen Amtsbrüder! Gerade in diesen Tagen der größten Niederlage, die sich im katholischen Bayern für die katholische Kirche denken läßt, hat der neuernannte Bischof von Passau Dr. Simon Landsberger den staatlichen Treueid geleistet. Er hat sich nicht damit begnügt, den Führer zu umschmeicheln, der das Christentum als das unerschütterliche Fundament des sittlichen und moralischen Lebens bezeichnet habe, und selbstverständlich darauf verzichtet, zu untersuchen, wie es mit diesem Fundament im Staate der Folterhöhlen und des 30. Juni steht, sondern hat vor allem das bischöfliche Thema variiert: »Heute sei der Bolschewismus der Feind eines geordneten auf der Grundlage der im Christentum wurzelnden abendländischen Kultur ruhenden Staatswesen, zugleich auch der grimmigste Feind des Christentums. Diese Gefahr, die bei der Existenz in gleicher Weise bedrohe, müßte genügen, sie zur Abwehr des gemeinsamen Feindes zusammenzuschließen.« Jeder Fußtritt Hitlers bewirkt nur ein weiteres Bündnisangebot der Kirche, und es scheint uns vollkommen illusionär, zu glauben, daß der deutsche Katholizismus unter der jetzigen Führung zu seinen alten Kampftraditionen zurückfinden könnte. Auch die gelegentlich scharfen Reden des Bischofs Graf von Galen in Münster ändern daran nichts. Er hält sie übrigens unter dem ausdrücklich zugesagten Schutze des streng katholischen Korpskommandeurs der Wehrmacht in Münster, und die dortigen Nazigrößen wissen sehr genau, daß ihnen dieser Bischof unantastbar sein

muß. Ehe die Kirchenführer in Deutschland nicht die Gewißheit haben, daß hinter dem jetzigen Nazistaat nicht irgend ein bolschewistisches Gebilde kommt, das auch die letzten katholischen Positionen zerstört, werden sie sich vom Nationalsozialismus noch mehr gefallen lassen als bisher. Der Katholizismus hat sich in der ganzen Welt für den Faschismus in seinen verschiedenen nationalen Spielarten entschieden.

## „Eine Fülle von Gesunden“

Der Präsident der Reichsanstalt hat in einem Erlaß an die Arbeitsämter die Statistik der Arbeitsvermittlung auf eine neue Grundlage gestellt. Zweck des Erlasses ist, bis zum 30. Januar die letzte Million Arbeitslose statistisch verschwinden zu lassen, wie vorher schon mindestens anderthalb Millionen Erwerbelose statistisch hinweggezaubert worden sind. Zum Jahrestage der Machtergreifung hat Hitler vor vier Jahren das Ende der Arbeitslosigkeit versprochen, und den gleichgeschalteten Statistiker möchten wir sehen, der den Befehl des Führers nicht auszuführen versteht. Sonderbar bleiben natürlich die immer wieder in den Nazibüchern zu findenden Klagen, daß alte Kämpfer, ältere Angestellte und junge Lehrlinge keine Beschäftigung finden können, aber die Statistik wird dadurch nicht gestört. Ganz auffallend ist nun eine amtliche Kundgebung gegen den Andrang von Stellungsuchenden. Kaum ist Göring zur Durchführung des neuen Vierjahresplanes berufen, so laufen in seinem Stabsamt »eine Fülle von Gesunden um Verwendung ein, die den Geschäftsbetrieb außerordentlich hemmt. Wo kommen nun eigentlich diese zahllosen Bewerbungsbriefe her, die den Posteingang einer Behörde verstopfen? Es ist nicht anzunehmen, daß jemand, der sich in Arbeit befindet, diese verläßt, um in die Ungewißheit einer ihm bis dahin fremden Verwaltung zu gehen. Mithin kann es sich nur um die beklagenswerten Scharen der unsichtbaren Arbeits- und Stellenlosen handeln, die verzweifelt Briefe schreiben, wenn sich nur die geringste Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung bietet. Görings erste Tat als Vierjahresdiktator ist, diesen Enttäuschten mitzuteilen, daß ihre Gesuche um Einstellung zwecklos sind.

## Kalte Erledigung der Juden

Während die nur noch auf blutige Sensationen reagierende Welt neue Pogrome in Deutschland erwartet, geht geräuschlos die wirtschaftliche Vernichtung der Juden ihren Weg. Längst sind die Nürnberger Gesetze überholt und erweitert. Wo sie scheinbar den

Juden noch einen Betätigungsraum gelassen haben, tritt das »gesunde Volksempfinden« ein, um sie zu verdrängen. Der stille Boykott der jüdischen Aerzte, Rechtsanwälte etc. durch Drohungen an diejenigen, die sich ihrer bedienen, hat nun höchsten reichsamtlichen Segen erhalten. Ein Rund-erlaß des Reichsministers des Innern verfügt, daß Notstandsbehörden oder Unterstützungen an Behördenangehörige nicht mehr gezahlt werden, wenn sie jüdische Aerzte, Zahnärzte, Apotheken, Heilpersonen, Kranken- und Heilanstalten, Entbindungshelme, Beerdigungsinstitute (!) Rechtsanwälte usw. in Anspruch nehmen. Das Landesarbeitsgericht Breslau hat entschieden, daß jüdische Angestellte keinen Anspruch mehr auf Weiterbeschäftigung in öffentlichen Betrieben haben. Das Amtsgericht Leipzig kaasierte ein Testament als unsittlich, weil ein Arler einen Juden als Erben eingesetzt hat. Auf einer Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft »Banken und Versicherungen« hat der Leiter, Lencer, erklärt, auch in diesen Betrieben dürfe es keine Gemeinschaft mehr mit den Juden geben. Das parteiamtliche »Hamburger Tageblatt« veröffentlicht eine Liste von Staatsangestellten und Beamten, die bis in die letzte Zeit regelmäßig einen jüdischen Arzt konsultiert hätten, der als Frontkämpfer zur Kassenpraxis zugelassen ist. Man müsse sich fragen, woher Leute, die ihr Geld vom Staate erhielten, den Mut nehmen, es zu einem Juden zu tragen: so fragt das Blatt, um so unverschämter, als dieser Staat die jüdischen Frontkämpfer-Aerzte ausdrücklich zugelassen hat. Bisher gab es nur Städte, die Juden vom städtischen Grunderwerb ausschlossen. Die Stadt Ellwangen hat dieses Verbot auch auf diejenigen ausgedehnt, die mit Juden Geschäfte tätigen. Und nun entfaltet sich der Kampf gegen die »Wucherer« als Folge der Fleisch-, Fett- und Eierknappheit und der nach allen Erfahrungen infolge der stürmischen Nachfrage sich entwickelnden Ueber-schreitung der Höchstpreise von den Erzeugern bis zu den Verbrauchern. Das ist wieder einmal der richtige Zustand für die Lösung »Der Jud« ist schuld!« Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen, daß von den Verhaftungen und Geschäftsschließungen größtenteils Juden betroffen worden sind. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß das »gesunde Volksempfinden« binnen weniger Monate tausende jüdische Geschäftsteile zur Strecke gebracht haben wird. Unter »gesundem Volksempfinden« sind allerdings nur die direkt oder indirekt für den Nahrungsmangel verantwortlichen Nazis zu verstehen, mit denen die große Volksmehrheit längst nichts mehr zu tun hat.

Hannes Wink.

## Gnadenwut der Unbarmherzigen

Als der Nationalsozialismus zur Macht gelangte, wurden seine Wortführer auf juristischem Gebiet nicht müde zu verkünden: mit der waschlappigen Humanität des vergangenen Systems sei es nun vorbei. Man werde nicht mehr dem Verbrecher durch die winkende Begnadigung seine Strafe »versüßeln«, das neue Recht sei »ein Herrenrecht, kein Recht für Knechte« (Dr. Frank). »Die gefühlswidrige Rücksichtnahme darauf, den Rechtsbrecher ja nicht scharf anzufassen, bedeutet eine Versündigung an der Pflicht der Strafrechtspflege, das Volk als Ganzes gesund und rein zu erhalten.« (Dr. Freisler.)

»Es mag Ausnahmefälle geben, in denen statt des Rechtes Gnade walten kann, aber das sollen und müssen Ausnahmefälle bleiben. Es wirkt niederdrückend auf Richter und Staatsanwalt, ermunternd auf den Rechtsbrecher, wenn man weiß, daß die Wahrscheinlichkeit besteht, in mehreren Gnadeninstanzen einen Teil der Strafe nach dem andern abhandeln zu können.«

So der gleiche Dr. Freisler zur Begründung des Abbaus der Gnadenstellen im »Nationalsoz. Zeitungsdiene« vom 13. Juli 33. Mittlerweile aber hält das Dritte Reich bei seiner . . . dritten Amnestie in 3½ Jahren, und aus der deutschen Presse ist zu ersehen, daß allein die Zahl der durch das jüngste Amnestiegesetz (vom 23. April 36) von ihrer Strafe Befreiten bis zum 1. August d. J. reichlich eine halbe Million, genau 501.323 Personen betrug. Das sind offenbar die »Ausnahmefälle« des edeln Dr. Freisler! Auch hier stehen die Handlungen des Dritten Reiches in seltsamem Gegensatz zu seinen Ankündigungen.

Man darf allerdings nicht glauben, diese Massenamnestierung sei aus Weichherzigkeit geschehen. Sie ist erfolgt, weil man sich angesichts der überfüllten Strafanstalten anders

nicht mehr zu helfen wußte. Seine eigenen Anhänger hat das Dritte Reich in 3532 Fällen amnestiert. Hierbei handelt es sich fast durchgehend um grauenhafte Mordtaten, Folterungen, bestialische Mißhandlungen, Erpressungen usw., die zusammengefaßt wurden unter den schönen Begriff »Uebereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedankens«. — Seine Gegner hat das Reich begnadigt in 2777 Fällen, — hier handelt es sich durchgehend nur um die leichtesten politischen Vergehen wie Straftaten gegen das Heimtückegesetz, also Beleidigungen des Führers, anderer leitender Persönlichkeiten, Beschimpfung der NSDAP, des Reichs, der Wehrmacht usw., ein großer Teil der amnestierten Fälle ist im Rauschzustand begangen. Begnadigt wurden lediglich sog. »Meckerer«. Die wegen Hochverrats usw. verurteilten politischen Kämpfer blieben dagegen durchgehend von der Begnadigung ausgeschlossen.

Die große Masse der Begnadigungsfälle (495.014) aber betrifft gewöhnliche — und zwar alle geringfügigen — Straftaten. Diese Zahl gibt einen zutreffenden Begriff von der in Deutschland zur Zeit bestehenden Strafmanie. Denn die entspricht der Gesamtzahl der normalerweise in Deutschland früher in einem Jahr Verurteilten. So wurden — bei ziemlich gleicher Einwohnerzahl — z. B. im Jahre 1911 unter dem gewiß nicht sonderlich weichherzigen kaiserlichen Regiment 552.556 Menschen in Deutschland verurteilt. An einem ganz bestimmten Tage, am 23. April 1936, war im Dritten Reich allein die Zahl der laufenden leichten Strafverfahren (inkl. darrer, deren Strafe noch nicht verbüßt war), fast ebenso groß. Da die durchschnittliche Laufzeit gerade kleinerer Strafsachen bei weitem nicht ein volles Jahr

beträgt, so läßt sich allein aus dieser Ziffer eine Verdoppelung und Verdreifachung der Strafsachen im glücklichen Dritten Reich schlußfolgern.

Die barbarisch-primitiven Vorstellungen, mit denen die Justizschergen Hitlers an das Strafrecht herangegangen sind, haben also in einer gänzlich prinzipienlosen Opportunitätspolitik geendet: In ihrem Drange, durch mitleidlose Strenge das Verbrechen »auszurotten«, haben sie nichts erreicht, als eine schwindelnde Verurteilungszahl, die der Strafvollzug nicht mehr zu bewältigen vermag. Um sich der Masse der Verurteilten auf gute Art zu entledigen, mußte man zu der verpönten Begnadigung seine Zuflucht nehmen, und zwar — da man ja die von der Weimarer Republik geschaffenen sachkundigen Gnadenstellen abgeschafft hatte — zu der rohesten und schematischsten Begnadigung, die es gibt, zu einer Massenamnestie nach rein äußeren Gesichtspunkten: Man begnadigt halb-millionenweise etwa so viele Menschen, wie unter einer normalen Justiz im ganzen verurteilt werden würden und — es bleibt noch immer ein Uebermaß von Verurteilten übrig!

## Die große Freude

»Es ist wiederum der Fall, daß, wie das häufig immer bei solchen Gelegenheiten eintritt, bei wechselnder Jahreszeit auf bestimmten Gebieten bestimmte Verknappungserscheinungen sich bemerkbar machen. Aber wir können in diesem Jahre zu unserer großen Freude feststellen, daß das deutsche Volk diese Verknappungserscheinungen mit einer viel größeren Ruhe und Sicherheit zur Kenntnis nimmt, als das vor einem oder zwei Jahren der Fall war.«

(Göbbels vor der Bauernabordnung in Hannover am Vortage des Aufmarsches auf dem Bückeberg.)

# Oberschlesische Streiflichter

Ziegen für Berlin — Lumpensammler mit Hakenkreuz — Lauter  
»Kommunisten« im Saal — Lehrer als Gestapospitzel

Aus Deutsch-Oberschlesien wird uns geschrieben: In den letzten Tagen haben die Großschlächter und Einkäufer in Oberschlesien den amtlichen Auftrag erhalten, alles einzukaufen, was greifbar ist, insbesondere ist darauf verwiesen worden, daß Ziegenfleisch sehr nahrhaft ist. Als die Aktion von einem gewissen Erfolg begleitet war, mußten die Großschlächter die Wahrnehmung machen, daß das Ziegenfleisch nicht im Industriegebiet verwendet wurde, sondern nach Berlin abtransportiert worden ist. Außerdem haben die Großschlächter die Verpflichtung übernommen, wöchentlich 120 Ziegen für Berlin zur Verfügung zu stellen. Wie es heißt, ist die Aktion nicht auf Beuthen allein, sondern auf das ganze Industriegebiet ausgedehnt. Die zunehmende Fleisch- und Fettnot findet innerhalb der Bevölkerung in Spottversen ihren Ausdruck, von denen in den letzten Tagen folgender im Umlauf ist:

Der Führer ohne Frau,  
Der Bauer ohne Sau,  
Der Fleischer ohne Fleisch,  
Das ist das Hitlerreich!

Der Kreisleiter Jonas aus Hindenburg hat an die SS und SA einen Tagesbefehl erlassen, daß sich die Mannschaften zu einer Sammelaktion für Abfälle, besonders aber Metalle, zur Verfügung halten sol-

len. In diesem Erlaß heißt es, daß Deutschland seine Rohstoffversorgung sichern müsse und darum alles zu sammeln sei, was greifbar ist.

Beim Erntedankfest im Casino der Donnersmarckhütte in Hindenburg mußte die Kreisleitung der NSDAP eine nicht geahnte Überraschung erleben. Nur widerwillig folgte die Belegschaft dieser Aufforderung zum Erntedankfest. Als die Hitlerjugend und die Mädels eines ihrer Lieder anstimmten und die Teilnehmer zum Mitsingen aufgefordert wurden, erklang aus hunderten Stimmen »das Wandern ist des Müllers Lust« und wurde auch durchgesungen, zum Entsetzen des Kreisleiters Jonas, der dann die Bühne betrat, um in den Saal hinaunterzudonnern: »Sinn denn hier nur lauter Kommunisten im Saal?« Die Feier wurde vorzeitig abgeschlossen und die Führerin der Frauenschaft Fiol ausgeschlossen, weil sie angeblich bei der Auswahl der Gäste nicht vorsichtig war. Da es sich bei den Gästen um die Siedler der Arbeitsfront handelt, war die Erregung besonders groß, aber innerhalb der Arbeiterschaft weiß man, daß man sie nicht sobald wieder zu einer Feier einladen oder zwingen wird.

Die ständig zunehmende Kritik an den bestehenden Verhältnissen gibt den Behörden

immer wieder Anlaß, nach den Urhebern verschiedener Gerüchte zu forschen. Es sind zahlreiche Verhaftungen früherer Oppositioneller bekannt, die aber wenig Erfolg hatten, man mußte sie wieder freilassen. Nunmehr hat die Lehrerschaft von Hindenburg von der Polizei den Auftrag erhalten, bei Kindern nachzufragen, mit wem die Eltern verkehren, was für Besuche die Eltern erhalten, ob man zu Hause den Moskauer Sender hört, was der Vater für Zeitungen liest und worüber sich die Eltern und Besucher unterhalten. Da den Lehrern bestimmte Kinder benannt werden, deren Eltern früher irgendwie in der Öffentlichkeit tätig waren, so geht daraus hervor, daß es sich um eine systematische Aktion handelt. Gestapoleute besuchen fast allwöchentlich die Lehrerschaft und fordern Berichte, was sie bei den Ausfragungen besagter Kinder in Erfahrung gebracht haben. Da die Nachrichten nicht befriedigen, werden die Lehrer vor die Fachschaft gerufen, wo ihnen Instruktionen erteilt werden, wie sie bei den Ausfragungen vorzugehen haben. Einem Lehrer aus Mathesdorf wurde der Auftrag zuteil, die Familie einiger Kinder aufzusuchen, um sich dort zu erkundigen, wie die Eltern gegenüber dem Führer und dem neuen Deutschland eingestellt sind. Unter den Lehrern selbst ist man überzeugt, daß man sich als Gestapospitzel herabwürdigen muß.

dulden nicht, daß die für jeden anderen Deutschen in Gültigkeit gesetzte Rechtsmaschine und Staatspflicht uns ins Handwerk pfuscht.

## Otto Strassers Selbstenthüllung

Wir haben vor einiger Zeit den politischen Standort von Otto Strasser aufgezeigt. Wir haben dargelegt, daß er der Vertreter einer Fraktion der politischen und geistigen Gegenrevolution ist, daß seine politische Stellung am besten als oppositioneller Nationalsozialismus gekennzeichnet wird. Ähnliches ist in eingehender Untersuchung der Strasserschen Veröffentlichungen und Schriften in objektiver Form im letzten Heft der Zeitschrift für Sozialismus geschehen.

Die Antwort Strassers auf diese politischen Feststellungen bewegt sich auf denkbar niedrigem Niveau und giftigt in einer charakteristischen Selbstenthüllung. Das erstere liegt darin, daß er dem Genossen Paul Hertz vorwirft, daß er die Zeitschrift für Sozialismus — in deren letztem Heft der Aufsatz von Sering über den Volkssozialismus erschienen ist — als eine private Zeitschrift mit kommunistischen Geldern fortgeführt habe; daß Strasser das Pseudonym des in der Emigration lebenden Paul Sering lüftet und in denunziatorischer Form daran schmutzige antisemitische Bemerkungen knüpft. Diese Art der Polemik verletzt die einfachsten Pflichten der Solidarität innerhalb des Antifaschismus und nutzt nur der Gestapo. Trotz der Zurückweisung durch den Genossen Paul Hertz hält Strasser an seinen Behauptungen fest. Diese Behauptungen sind darum nicht wahr. Wie unwahr sie sind, geht daraus hervor, daß vor einiger Zeit das Eingehen der Zeitschrift für Sozialismus beschlossen worden ist, und daß die Nummer mit dem Aufsatz von Paul Sering als letzte Nummer erschienen ist.

Die Selbstenthüllung liefert Strasser in einem sechs Spalten langen Artikel, in dem er das bekannte Repertoire der Hetze gegen »Marxismus, Bolschewismus und Liberalismus«, vermehrt durch antisemitische Rüpelei, herunterbetet. Dabei bemüht er sich, aus den ersten sachlichen Gegensätzen des freiheitlichen Sozialismus gegen Theorie und Praxis der kommunistischen Diktatur einen Antibolschewismus gegenrevolutionärer Prägung zu machen. Er nimmt die Parteien des demokratischen Sozialismus — so die englischen, skandinavischen, belgischen, schweizerischen Sozialisten — in Anspruch für eine sagenhafte »Dritte Front«, die nichts anderes ist als eine Ausgeburt nationalsozialistischen gegenrevolutionären Geistes. Er unterstellt diesen Parteien, daß sie sich innerlich von den Grundgedanken des Sozialismus abgewandt hätten und im Grunde genommen Parteigänger eines reformierten Nationalsozialismus seien. Er hat nicht einmal begriffen, daß das Grundelement dieser Parteien das Bekenntnis zur Freiheit ist, das Strasser und seine Freunde systematisch als Liberalismus verächtlich zu machen suchen.

Es liegt in der Linie dieser Taktik, daß er Sowjetrußland als Teilhaber an den europäischen Friedensbemühungen, als einen hinterhältigen Partner hinstellt, der ganz andere Ziele verfolge als seine offizielle Außenpolitik verkündet. Darin folgt Strasser durchaus der Linie, die die Hitlersche Propaganda in der letzten Zeit zielbewußt eingeschlagen hat. Er steht geistig durchaus auf dem Boden jener nationalsozialistischen Politik, deren fortgesetzte Versuche, Sowjetrußland aus der Friedensfront herauszubrechen und dadurch die Grundlage für die deutsche Vorherrschaft in Europa zu schaffen, heute das Zentralproblem der europäischen Politik sind. Die gesamte Politik der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und ihrer Parteien ist ein einziger Beweis dagegen, daß die Parteien des demokratischen Sozialismus, so wie Strasser es zu verstehen gibt, gemeinsam mit der sagenhaften Dritten Front mit dieser Herausdrängungstendenz einverstanden wären.

Echt nationalsozialistisch im Stile der antibolschewistischen Liga ist nun aber die Methode, daß jeder, der sich gegen diese Tendenz wendet, von Strasser als geistig und finanziell von Moskau korrumpiert und von Münzenberg gekauft bezeichnet wird.

Diese politische Tendenz und diese Methode der Beschimpfung nach nationalsozialistischem Muster charakterisieren Otto Strasser wie seine politische Richtung. Er arbeitet für die Gegenrevolution mit den Mitteln der Gegenrevolution.

## Das Hakenkreuz in Brasilien

mn. Rio de Janeiro, Mitte September.

Wir haben an dieser Stelle mehr als einmal erwähnt, daß die nationalsozialistischen Ortgruppen in Brasilien die Geduld der brasilianischen Regierung stark überschätzen. Sie haben immer wieder angenommen, die brasilianische Regierung sei gegenüber den ständigen Verletzungen der brasilianischen Souveränität durch die NSDAP-Ortgruppen blind. Sie haben immer wieder damit gerechnet, die brasilianische Regierung interessiere sich nicht dafür, in welchem Umfange die NSDAP die in Brasilien lebenden Deutschen terrorisiert, es sei ihr im Grunde genommen auch heralich gleichgültig, welche Formen die nationalsozialistische Agitation unter den Deutsch-Brasilianern (also den brasilianischen Staatsbürgern deutscher Abstammung) annimmt. In der letzten Zeit mehren sich aber die Anzeichen, daß der Geduldssaden der brasilianischen Staatsmänner hart am Reiben ist.

Die Ursachen sind verschiedener Art.

Erstens drückt in der letzten Zeit die katholische Kirche sehr auf energische Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Organisationen, die in Brasilien bestehen. Einer ihrer bekanntesten Wortführer im Kampf gegen den Nationalsozialismus ist der in Rio de Janeiro lebende Pater Sinzig, der während des letzten Weltkrieges in Brasilien zahlreichen Unannehmlichkeiten ausgesetzt war wegen seiner betont deutschfreundlichen Haltung. Sinzig hat in der der katholischen Kirche reservierten Sonderrubrik der brasilianischen Presse eine Artikelreihe publiziert, in der in der klarsten und eindeutigsten Weise die nationalsozialistischen Staatsmänner all der Verbrechen gemahnt wurden, deren sie sich tatsächlich schuldig gemacht haben. Diese Artikel, die sich nicht auf die Wahrung der besonderen katholischen Belange beschränken, sondern die Probleme viel umfassender darstellten, wurden unter anderem von dem Organ des brasilianischen Außenministers und des brasilianischen Justiz- und Innenministers abgedruckt und machten einen außerordentlich tiefen Eindruck. Sie fanden einen um so günstigeren Boden, als sich die Beschwerden der im Lande geborenen Deutsch-Brasilianer gegen den nationalsozialistischen Terror mehren und sich unmittelbar an die brasilianischen Behörden wenden, während man bis vor einiger Zeit aus einer mißverständlichen »völkischen Solidarität« die Angelegenheiten »innerhalb des Deutschland« zu erledigen suchten.

Die katholische Aktion gegen die nationalsozialistische Propaganda in Brasilien und die Beschwerden der Deutschbrasilianer haben die Aufmerksamkeit der politischen Kreise Brasiliens unter anderem auf die Frage gelenkt, in welcher Weise die hiesigen Nationalsozialisten und die in Brasilien bestehenden deutschen Firmen Einfluß auf die brasilianische Innenpolitik zu nehmen suchen.

Das Außenpolitische Amt der NSDAP und die nationalsozialistischen Auslandsorganisationen versprechen sich nämlich außerordentlich viel von einer Förderung der hiesigen faschistischen Bewegung, der Integralistischen Aktion. Sie sehen darin eine Chance, in Brasilien das »liberalistische System« zu beseitigen, wobei sie sich in der Hoffnung wiegen, ein faschistisches Brasilien könnte ein wertvoller Bundesgenosse Deutschlands in einem kommenden Kriege sein und als Rohstofflieferant von Bedeutung sein. Auch manche Pläne auf kolonialen Gebiet stehen im Zusammenhang damit. Die brasilianische Regierung hat jedenfalls sehr viel über die finanzielle Unterstützung erfahren, die gleichgeschaltete Firmen der Integralistischen Aktion angedeihen lassen, und macht sich auch sonst über die Aktivität der amtlichen deutschen Vertretungen ihre Gedanken.

Von entscheidender Bedeutung für sie ist aber die Frage, welche Konsequenzen die Organisationsarbeit der NSDAP im Falle eines kommenden Krieges haben werden. Sie befürchtet mit guten Gründen, daß die deutschen Nationalsozialisten einem neutralen

Brasilien Unannehmlichkeiten bereiten werden. Sie traut gewissen nationalsozialistischen Aktivisten genügend innere Bereitschaft zum Mißbrauch der brasilianischen Gastfreundschaft zu, um zum Beispiel durch Sabotageakte brasilianische Lieferungen an Staaten, die Deutschlands Gegner sind, verhindern zu wollen.

Aus all diesen Gründen wird von einem bestimmten Kreise sehr einflußreicher betont katholischer Politiker der Staaten Rio Grande do Sul und Minas Geraes, die in dem hohen Klerus eine Stütze haben und zu der Bundesregierung in ausgezeichneten Beziehung stehen, die Möglichkeit eines Verbotes der hiesigen nationalsozialistischen Organisationen ernstlich studiert.

Diese Überlegungen, die durch zahlreiches Material unterstützt werden, das von amtlichen Stellen der brasilianischen Südstaaten (Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Parana) stammen, haben sich in der letzten Zeit bis zu einem Gesetzentwurf verdichtet, für den man sich die Erfahrungen zugänglich macht, die manche europäische Staaten mit den auslandsdeutschen Organisationen gemacht haben.

## Der braune Militärstaat — ganz komplett!

Das letzte Restchen Weimarer Republik — Der Waffenträger jenseits der bürgerlichen Gerichtsbarkeit.

Die Nationalversammlung von Weimar hatte seinerzeit mit erdrückender Mehrheit die Militärgerichtsbarkeit des vergangenen und in Konkurs gegangenen Kaiserstaates abgeschafft. Die Schandurteile gewisser Armee- und Marinetricunale, die Namen besonders berüchtigter Kriegsgeschehnisse aus der »großen Zeit« waren noch zu sehr in aller Deutschen Gedächtnis, als daß man damals nicht hätte mit einem Spuk aufräumen müssen, den nur die Besonderheiten des Werdens Preußen-Deutschlands — mit dem Korporalstock des ersten Friedrich Wilhelm als Symbol — verständlich machten.

Vom 1. Oktober 1936 ab ist nun die eigene Justizhoheit des deutschen Militärs in vollständiger Form wiederhergestellt und sind die letzten Einschaltungen des bürgerlichen Rechtsgedankens in ihren Betrieb wieder beseitigt worden. Für die erste und zweite Instanz von Strafsachen gegen Soldaten hatte zwar schon ein früheres Hitlergesetz, in Kraft gesetzt mit dem 1. Januar 1934, das alte Kriegsgerichtsratwesen erneuert; aber in der dritten und höchsten Gerichtsinstanz blieb damals das Reichsgericht nach wie vor noch der Spruchkörper. Nunmehr gibt es wieder einen eigenen »Obersten Gerichtshof der Wehrmacht« — das Reichskriegsgericht.

Man soll gewiß von der »gepanzerten Faust« nicht mehr verlangen, als sie geben kann; daß es »pazifistische« Richtungen gab, die glaubten, durch Zureden und Paraphrasen Kasernen in Mädchenpensionate umwandeln zu können, braucht nicht verschwiegen zu werden. Aber gerade hier handelt es sich nicht um eine, wenn auch recht problematische, »militärische Notwendigkeit« schlechthin, der sich auch andere Militärstaaten beugen — in diesem Falle würde der Vorgang im Dritten Reich nicht mehr Interesse verdienen, als alle anderen mehr technischen Fragen der »Wiedererlangung der deutschen Wehrhoheit« auch — sondern um die spezifisch preußische Inkarnation des Militärischen: nämlich um das Superioritätsprinzip gegenüber dem »Zivil«, um die systematisierte Minderbewertung der bürgerlichen Staatsgewalt durch die Repräsentanten der Armee! Ganz kaltschnäuzig stellt das Sachverständigen- und Mitbeteiligter selbst, der Geheime Kriegsrat im Reichskriegsministerium Dr. Wagner, in einem dem Gesetz gewidmeten Beitrag in der »Deutschen Juristenzeitung« fest, wenn er schreibt:

»daß... der Gerichtsherr, zweiter Instanz, d. h. praktisch gesprochen der kommandierende General oder ein ihm gleichgestellter Träger hoher Kommandogewalt das weitere Schicksal des von ihm ergriffenen Rechtsmittels an ein nicht-militärisches Gericht abgeben mußte, war militärisch, wie politisch gesehen (!) kein auf die Dauer erträglicher Zustand.«

Mit anderen Worten: wir mit den roten Hosenstreifen sind der Staat im Staate und

# Die Mobilmachung der Wirtschaft

## Die Organisation der deutschen Wehrwirtschaft

Der moderne Krieg ist ein totaler Krieg. Die Wirtschaft ist ein Teil der Armee, für den Erfolg des Krieges eher wichtiger als das kämpfende Heer. Da der Kriegsbedarf nicht nur die Versorgung mit Kriegsmaterial umfaßt, sondern die Gesamtproduktion des Landes, die Ernährung und Bekleidung nicht allein der Armee, sondern des gesamten Volkes, ist Wehrwirtschaft notwendig staatlich gelenkt und regulierte Wirtschaft. Der Zwang zur staatlichen Regulierung erwächst unmittelbar aus den Anforderungen des modernen Krieges. Die »zivilen« und die militärischen Gesichtspunkte in der Wirtschaftsdirektion und Wirtschaftspolitik durchdringen einander derart, daß nur noch in der Theorie, aber nicht mehr in der Praxis ein Unterschied gemacht werden kann. Das gilt insbesondere für das Dritte Reich. Unter dem Titel »Die deutsche Wehrwirtschaft« wird in dem Deutschland-Bericht des Sozialdemokratischen Parteivorstandes vom September 1936 darüber instruktiv berichtet.

### Der wirtschaftliche Generalstab u. seine Exekutivorgane

Der wirtschaftliche Generalstab bedarf einer Organisation, die das gesamte Wirtschaftsleben erfaßt. Diese Gesamtorganisation wäre in Deutschland durch die Zusammenfassung der drei großen Organisationen, der Arbeitsfront, der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und des Reichsnährstandes in einer einheitlichen Spitze gegeben. Vorläufig sind aber nur Arbeitsfront und Organisation der gewerblichen Wirtschaft zusammengeschlossen. Die Funktionen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft sind heute noch sehr beschränkt. Ihre eigentliche Aufgabe liegt in der Zukunft, in der Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftlichen Mobilmachung und der Organisation der Kriegswirtschaft. Die deutsche Arbeitsfront könnte theoretisch als Exekutivorgan des wirtschaftlichen Generalstabes in Frage kommen, bis jetzt werden aber die wehrwirtschaftlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeitspolitik nicht von der Arbeitsfront, sondern von der Reichsarbeitsverwaltung erfüllt. Als einzige wehrwirtschaftliche wichtige Funktion bliebe ihr noch die der psychologischen Beeinflussung der Arbeiterschaft.

Straff und übersichtlich ist der Reichsnährstand durchorganisiert. Er ist ein gewaltiges Zwangskartell, zusammen mit den der gleichen Leitung unterstellten landwirtschaftlichen Marktorganisationen reguliert er den Absatz jedes einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes, jedes einzelnen Unternehmens, das Landwirtschaftserzeugnisse vertreibt oder verarbeitet, verordnet Pflichtablieferungen, schreibt die Preise vor, greift in Besitz- und Kreditverhältnisse, in die Produktionsmethoden, Arbeitsbedingungen usw. ein. Dieser ganze Apparat kann ohne jede Schwierigkeit in den Dienst einer kriegswirtschaftlichen Organisation der Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Agrarerzeugnissen gestellt werden.

### Die Sicherung der Rohstoff- und Ernährungsbasis

Es müssen nicht nur die Organisationen geschaffen, sondern auch die Produktionsmittel bereitgestellt werden, die zwar im Frieden auch bei günstigster Konjunktur nicht voll ausgenutzt werden, aber im Falle einer Blockade die Zufuhr vom Ausland ersetzen können. Der »Kampf um die deutsche Nahrungsfreiheit« ist bisher ohne nennenswerten Erfolg geblieben. Aber dieser Mißerfolg kann wehrwirtschaftlich ausgenutzt werden, gibt er doch Gelegenheit, das kriegswirtschaftliche Verteilungssystem auszubauen und auszuprobieren. Die Fleisch-, Fett-, Butter- und Eierknappheit hat für den wirtschaftlichen Generalstab den Wert eines Manövers oder einer Probemobilmachung.

Glücklicher als in dem Streben nach Nahrungsmittelautarkie war das Regime in den bisherigen Versuchen, sich in der Einfuhr industrieller Rohstoffe eine gewisse Unabhängigkeit zu sichern. Die Ersatzproduktion beschränkt sich in der Hauptsache auf drei Gebiete: Textilfasern, Treibstoffe und Kautschuk. Der volle Ersatz der natürlichen Fasern durch die synthetischen ist nach den bisherigen Erfahrungen ausgeschlossen. Eine deutsche Treibstoffautarkie läßt sich zwar erreichen, aber nur unter sehr bedeutenden Kosten.

Über den Stand der Produktion von synthetischem Kautschuk sind keine auch nur einigermaßen ausreichende Daten zu erhalten.

### Die Handelspolitik im Dienste der Wehrwirtschaft

Weder ist Deutschland in der Lage, die »volle Nahrungsmittelfreiheit« zu erreichen, noch kann es alle im Inlande nicht vorhandenen industriellen Rohstoffe durch künstliche Erzeugnisse ersetzen. Es bleibt auf Auslandslieferungen angewiesen. Das bedingt die Unterordnung der Handelspolitik unter die strategischen Pläne des Generalstabes. Das leitende Prinzip wird auch im Außenhandel immer mehr die wehrwirtschaftliche Orientierung. Sie erfordert einen möglichst intensiven und vielseitigen Außenhandel, nur gerät eben dieses Interesse am Export in Widerspruch zu der wachsenden Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die sich aus der steigenden Belastung durch die Rüstungsaufgaben, die Ersatzstoff- und Vorratswirtschaft und die strategisch orientierte Handelspolitik ergibt.

### Produktionsanlagen auf Vorrat

Neben den Nahrungsmitteln und Rohstoffen muß eine Kapazitätsreserve in allen kriegswichtigen Industrien über das für den normalen Friedensbedarf ausreichende Maß hinaus geschaffen werden. Die eigentliche deutsche Rüstungsindustrie, die Schwerindustrie, war schon vor Hitlers Machtantritt für den normalen Friedensbedarf viel zu groß. Ganz anders war es bei der Produktion von Flugzeugen, Giftgas und Aluminium. Sie sind erst in den letzten drei Jahren auf den Stand gebracht worden, daß sie den wahrscheinlichen Kriegsansprüchen wenigstens für die ersten Monate genügen können. Ähnlich liegt es beim Automobilbau. Die jetzigen Produktionsanlagen für Automobile können nur voll ausgenutzt werden, solange die Staatsaufträge anhalten.

### Das Finanzierungsproblem

Wenn schon im Frieden der größte Teil des nationalen Reichtums durch freiwillige oder Zwangsanleihen mobilisiert worden ist, ist die finanzielle Bewegungsfreiheit im Kriege entsprechend geringer. Um so früher muß der Staat dann zum Mittel der Inflation in irgendeiner Form greifen. Zur Zeit werden in Deutschland Finanzierungsmaßnahmen angewandt, die durchaus den Methoden einer Kriegsfinanzierung entsprechen: wesentliche Erhöhung der Steuerbelastung, Auflegung von freiwilligen und Zwangsanleihen und fortschreitende Anwendung inflationistischer Maßnahmen in einer neuen, für das Volk noch undurchsichtigeren Form. Diese Finanzpolitik entspricht nicht den Bedingungen einer Wehrwirtschaft im Friedenszustand, sondern bereits den einer Kriegswirtschaft. Es ist das Problem, wie Deutschland den Übergang von

dieser Kriegsfinanzpolitik bei einer Verlangsamung des Rüstungstempos zu einer friedensmäßigen wehrwirtschaftlichen Finanzpolitik ohne Umstellungskrise finden soll.

### Die Arbeiterfrage

Die Hauptschwierigkeit des wehrwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes liegt in der Bereitstellung einer ausreichenden Reserve an Facharbeitern für den Fall des Krieges. Die Arbeiterfrage ist neben dem Finanzierungsproblem die schwächste Stelle der deutschen Wehrwirtschaft, weil die Arbeiterfrage nicht nur eine technische, organisatorische und finanzielle Frage ist, sondern vor allen Dingen eine soziale und politische. Diese sozialen und politischen Schranken, die in der Arbeiterfrage bestehen, können sich am ehesten als unüberwindbar erweisen.

### Widersprüche einer kapitalistischen Wehrwirtschaft

Notwendigerweise ist schon die Fragestellung, mit der das Militär an die Produktion herantritt, dem Kapitalismus fremd. Das Kapital fragt und muß fragen: rentiert sich die Produktion, verzinst sich das investierte Kapital? Rüstung ist an sich unproduktiv, stellt eine Belastung dar, die um so größer ist, wenn sich daran auch noch große kapitalistische Schichten bereichern. Die deutschen Militärs stoßen aber auf Schritt und Tritt auf die Widersprüche zwischen kapitalistischen und wehrwirtschaftlichen Ansprüchen an die Wirtschaft. Objektiv zwingt die Wehrwirtschaft zu dauernder kritischer Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. An sich müßte die Notwendigkeit einer strafenden Lenkung der Rüstungsindustrie wehrwirtschaftlich dem Gedanken ihrer Verstaatlichung nahe liegen. Objektiv, d. h. wenn die deutschen Offiziere nicht selber zu einem großen Teil persönlich an der Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse interessiert wären, müßte wehrwirtschaftlich unter diesem Gesichtspunkt die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie im weitesten Sinne gefordert werden. Setzt die Wehrmacht den Anspruch durch, das ganze gesellschaftliche Leben im Sinne der Wehrwirtschaft zu durchdringen, so muß das ihre Stellung im Regime weiter verstärken. Das darf aber nicht zu primitiven Vorstellungen über eine Ablösung des Regimes durch eine Militärdiktatur verleiten. Das Regime braucht die Armee, aber die Armee braucht einestweilen auch das Regime. Ein Militärregime kann auf die Dauer nicht ohne Massengrundlage regieren, die Nationalsozialisten haben aber bisher immer wieder mit Erfolg diese Massengrundlage herzustellen vermocht. Deshalb glauben die Militärs von ihrem Standpunkt aus auch nicht, daß eine andere politische Kraft und eine andere staatliche Organisationsform sich zur Zeit als nützlich für ihre Zwecke erweisen könnte.

## Der Kaufthief ins eigene Schaufenster

### Hitler legt seinem lieben Dinter das Handwerk

Wie soeben aus dem Dritten Reich bekannt wird, hat die Geheime Staatspolizei nunmehr dem Verein »Deutsche Volkskirche« (Dinter-Bewegung) den Garau gemacht. Die Auflösung vollzog sich in den gegen ordinäre »Staatsfeinde« üblichen Formen nach eigener amtlicher Mitteilung der Behörde: Vermögensbeschlagnahme, Verbot der Herausgabe irgendwelcher Druckschriften, Unterbindung jeder Versammlungstätigkeit, Androhung der Schutzhaft bei Zuwiderhandlung, gründliche Hausdurchsuchung. . . . Als Begründung hat gedient, daß der Dinter nicht etwa religiösen Schwefel von sich gegeben hat, sondern daß seine »Bewegung« in politisches Sektierertum ausgeartet sei!

Gewiß wird dem pathologischen Schreihals Dinter, der schon längst vor Hitler entdeckt hatte, wie man aus Antisemitismus sich Vermögen und Großehnten sichern kann, kein Deutscher, der diesen Namen verdient, eine Träne nachweinen; in die Leidensfront derer, die vom ehemaligen »Stahlhelm« und dem Hindenburg-Kreis bis zu Thälmann und den Hamburger Kai-Proleten reicht, wird niemand diesen völkischen Radau-Messias aufzunehmen bereit sein. Herrn Dinters persönliches Schicksal stößt ganz gewiß auf allgemeine und totale Gleichgültigkeit.

Wichtig allein ist die folgende Feststellung zum Fall Dinter: Dieser Mann war ein besonderer Intimus des »Führers«, dem er in Charakter, Gehabe und Getue, im Demagogischen ebenso wie im Pathologischen bis aufs Haar gleich. Dieser Mann Dinter gehörte jenem allerengsten Kreis des halben Dutzend »treu« gebliebener Spießgesellen an, die nach dem 23er Putsch des »Parteihefts«, als dieser resignierend in der bayrischen Festung es sich mordswohl sein ließ, vom nationalsozialistischen Metier doch nicht lassen konnten und die Partei neu gründeten. In Hitlers Putschpläne war der Dinter vom »Führer« höchstpersönlich eingeweiht worden. Dieser Dinter war der antisemitische Schrecken Thüringens in den ganzen Jahren, in denen es Adolf von Bayern und München war. Dieser Dinter war der erste Reichstagsabgeordnete der Nazis in Mitteldeutschland; er war vom Führer ernannter Gauleiter in Weimar; er war einmal Minister der NSDAP im Thüringischen Staatsministerium. Wieder also der schon allmählich so lächerlich gewordene Versuch Hitlers: nun, da er selbst arriivert ist, mit elegantem Saito mortale über den eigenen Schatten zu kommen! Er, der jetzt Europa erzittern machen

möchte, haut auf die eigene Vergangenheit! Sollte dies widerliche Schauspiel wirklich reüssieren —?

Unlängst war in einer antifaschistischen Zeitung — bei Gelegenheit des Falles Kube — zu lesen: die Langwierigkeit, die der Korruptionsfall dem System bereite, sei eigentlich der Beweis dafür, wie schwer sich der »Führer« von alten Freunden zu trennen vermöge. . . . Fast wurde da Hitler so eine Art — angeblich germanischer — Treubegriffs angepöbeln. Nun hätte zwar schon der Fall Röhm oder Gregor Strasser auf diese dumme Paraphrase die richtige Antwort erteilen können; selbst der Göbbels wagt solche Theorie nicht mehr zu schaukeln. Die Angelegenheit Dinter aber ist ein neuer drastischer und handgreiflicher Beweis dafür, wie Herr Hitler dem sehr persönlichen Machiavellianertum huldigt. Wie viele andere aber von seinen eigenen Schaufenstern muß wohl noch der »Führer« und Reichskanzler« in Trümmer legen, ehe er Europa davon überzeugt hat, er sei wirklich der Nachfolger und Vollender Bismarcks —?

H. E.

### Stammrolle für Maschinen

Das Reichswirtschaftsministerium hat an die Reichsgruppe Industrie ein Schreiben gerichtet, in dem die Einführung von Maschinenkarten angeordnet wird. Für jede in der Industrie verwendete Maschine soll zur Ermöglichung der vollständigen Ueberwachung eine derartige Karte angelegt werden. Aus der Karte sollen die einmaligen Anschaffungskosten, der laufende Betriebsaufwand, die hauptsächlichsten Reparaturausgaben, die Leistungs- und die Einsatzfähigkeit der Maschine hervorgehen.

Es handelt sich bei dieser Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums um eine Maßnahme, die erst ihre volle Bedeutung gewinnt, wenn man sie im Zusammenhang mit der Kriegsausrüstung betrachtet. So wie das Arbeitsbuch, das für die Arbeiterschaft neu zur Einführung gekommen ist, die Registrierung jedes einzelnen Arbeiters vervollständigt und dadurch seinen Einsatz durch die Behörden zu dem gegebenen Zeitpunkt ermöglicht, so soll die Maschinenkarte bei der Lösung dieser Aufgabe für die Maschine eine wesentliche Hilfe sein.

Die völlige Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf die sogenannte Wehrwirtschaft bedingt, daß der »oberste Generalstab« mit der Zeit eine genaue Uebersicht über die Leistungsfähigkeit und die Verwendungsmöglichkeit des gesamten deutschen Maschinenparks bekommt. Erst dadurch wird es möglich, den in Nürnberg verkündeten zweiten Vierjahresplan mit weniger Reibungen, die sich aus der notwendigen wirtschaftlichen Umstellung ergeben müssen, durchzuführen.

Aber trotz Arbeitsbuch und Maschinenkarte dürfte sich die Rechnung der deutschen Diktatoren am Ende doch als falsch erweisen.

### Göring, der Spieß

#### Nameforschung im Dritten Reich.

In Stuttgart erscheint das Nachrichtenblatt des Kameradschaftsbundes ehemaliger Angehöriger des 8. Württembergischen Infanterieregiments Nr. 126. Darin war kürzlich ein Leitartikel von Linder Mühlacker zu lesen, der sich um die Namen der Führer des Dritten Reiches sprachforschend bemüht. In dem Artikel heißt es:

»Gehen wir an die Größten unserer Zeit! Ich möchte Hitler verdeutschen mit »Kampfheld« und Adolf mit »der sein Geschlecht zum Sieg Führende«. Stimmt das nicht? Heß (gleich dem Regiment-Heß) bedeutet »der Schöne«. Göring ergibt »der Spieß«, also just der richtige Soldatenvater! Dazu gehört ebenso sinnig Blomberg, »der die sprossende Jugendkraft erhaltende«. Göbbels ist »der durch Gott Kühne«. »Der Schützende« gilt für Frick und »der Gerüstete« für Rust. Ley und Lüdlin könnten von Lindo = Volk stammen und »Volkführer« heißen. Kerri ist natürlich ein »Kerl« und Huno = »der Riese« führt zu Hühnlein. Lutze ist »der Berühmte«, Seldte »der Glückliche«, Papen »der im Kampf Glänzende« und Schacht »der Erschütternde«.

Was fehlt, ist eine sprachforschende Erklärung des Namens des Verfassers selbst. Linder Mühlacker — sollte das nicht irgendwie mit Till Eulenspiegel zusammenhängen?

### Das deutsche Weib

»Jedes deutsche Weib sollte nur Rosenstunden des tiefsten Seelenverstehens in das Leben ihres Mannes tragen, auf daß er jederzeit mit dem glitzernden Taupfropfen aus diesem Rosenhag auf den Lippen für sein Vaterland schaffen, und wenn es sein muß, sterben kann!«

(Aus einem Buch von Alf Krüger, Berlin, Verlag für Kulturpolitik.)

# Warum putschen Spaniens Generale?

## Der Aufstand der Rebellen gegen die Nation

Am 14. April 1931 ging die spanische Monarchie unter. Neunzig Prozent der spanischen Bevölkerung sprachen sich gegen die alte Staatsform aus. Mit Tanz und Dorfmusik feierte Spanien den Anbruch seiner zweiten Republik. Der Jubel über die Neugeburt des Landes war um so größer, als viele Spanier, darunter bedeutende Politiker, dem tief im Mittelalter steckenden Lande keine gute Zukunft prophezeiten. Pessimistisch klagten sie: »Dieses Volk hat keinen Pulsschlag mehr«. Man ahnte nicht, daß schon die aller-nächsten Wochen und Monate diesen Pessimismus als unberechtigt erweisen würden. Glücklicherweise diese Täuschung und den Sieg der Republik gleichermaßen, schlug der unbegründete Pessimismus schnell in einen ebenso unbegründeten Optimismus um, während der Realismus fast in allen Lagern zu kurz kam. Im Rausch des überwältigenden Sieges und überzeugt von der Gerechtigkeit ihrer Sache, übersahen weite Kreise der republikanischen Bevölkerung die Gefahr reaktionärer Rückschläge. Der brutale Macht- und Gewaltstaat schien überwunden. Wie sollte er wieder auferstehen, wenn 90 Prozent der Bevölkerung ihm den Weg versperren?

Die Niederlage des Machtprinzips, das Ende der Diktatur Primo de Riveras und schließlich der Monarchie selbst, war eine wichtige Ursache dafür, daß die Sieger vom April 1931 keine Gewalttäter wurden. Das Volk siegte ohne Gewaltakte und ohne Barrikaden über ein System, das immerhin als ein faschistisches galt. Aber darüber hinaus sind die modernen Gesellschaftsklassen, das liberale Bürgertum und das sozialistische Proletariat, ganz allgemein keine solchen Mystiker der Gewalt wie jene Gesellschaftsschichten, die sich im geschichtlichen Prozeß auf der absteigenden Linie befinden. Die Prinzipien des Feudalismus, des Adels, des Klerus usw. setzen sich nicht mehr im Zuge der geschichtlichen Entwicklung durch, sondern stehen dieser Entwicklung hemmend im Wege. Darum können sich die versinkenden Mächte nur durch die nackte Gewalt zu behaupten suchen, darum verstehen sie sich überall psychologisch und handwerksmäßig besser auf die Handhabung der Gewalt als die modernen Klassen, und darum glauben sie auch, ihr Untergang sei durch die Macht der Waffen zu verhindern. Ganz anders ist die Mentalität oder gar das Bewußtsein der geschichtlich aufsteigenden Gesellschaftsklassen. Diese Verschiedenheit ist nicht nur ganz allgemein eine Erklärung für das »Versagen« mancher Demokratie, sondern macht auch verständlich, wie die Bevölkerung, die zu friedlicher Aufbauarbeit überging und darum jede kriegerische Vorarbeit unterließ, von den putschenden Generalen derart über-rascht werden konnte. Offenbar wurde die Vergangenheit um so leichter vergessen, als sie nicht gerade schön war und die Vorstellungskraft der Republikaner vollständig durch kühne Flüge der Phantasie in die Zukunft hinein erschöpft wurde, obwohl ein Blick in die Vergangenheit mindestens ebenso nützlich hätte sein können. Denn Spanien war schon einmal eine Republik. 1873 verjagte das spanische Volk die verhaßte Königin Isabella — aber General Pavia ließ die Volksversammlung mit seinen Soldaten auseinandertreiben und so währte der Traum der Republikaner nicht lange. Die Armee stand gegen die Nation; es war damals so, wie es heute ist.

Aber heute ist der Kampf heftiger, denn die versinkenden Klassen sind tiefer gesunken und die aufsteigenden sind höher gestiegen. Unversöhnlich stehen sich zwei Epochen gegenüber. Der Geist des bürgerlichen Fortschritts, der Geist des Sozialismus, der Gedanke internationaler Wirtschaft in dieser oder jener Form, der Gedanke der Demokratie, des Parlamentarismus und der freiheitlichen Beziehung von Mensch zu Mensch haben sich inzwischen neues Terrain erobert. An die Stelle feudaler und mittelalterlicher Verhältnisse wollen die Prinzipien moderner Oekonomie und individueller Freiheit treten, das feudalistische Herrschaftsprinzip wird vom

Prinzip der selbstverantwortlichen Lebensgestaltung und des Vertrages nach innen und nach außen verdrängt. Der internationale Faschismus, der die Weltwirtschaft in Hunderte von Kriegswirtschaften auflösen und den Menschen u. a. dadurch in jenes Mittelalter zurückstoßen will, aus dem das rückständige Spanien gerade gegenwärtig herausstrebt, dieser internationale Faschismus, der die Beziehungen auf diesem Erdball allein durch das Schwert zu »regeln« gedenkt, er sucht der Welt einzureden, daß der Sinn des spanischen Ringens in der Alternative: für oder wider den »Bolschewismus« begründet liege. Allerdings trübe das zu, wenn man sich Hitlers und Rosenbergs Privatvorstellung vom Bolschewismus zu eigen machen würde. Bekanntlich sind diese beiden Ideologen nebst ihren Mit- und Nachläufern der Meinung, daß der Bolschewismus bereits 1789 geboren wurde, woraus man ersehen kann, daß der deutsche Faschismus alle Errungenschaften der bürgerlichen Epoche als »Bolschewismus« denunziert. In diesem Sinne geht es in Spanien wirklich darum, ob der »Bolschewismus« oder der Faschismus siegen soll, denn Spanien macht heute durch, was England und Frankreich längst hinter sich haben: den Prozeß der bürgerlichen Umwälzung. Spaniens Generale kämpfen darum nicht gegen den »Bolschewismus«, sondern gegen die bürgerliche Erneuerung. Daran ändert ihre nationale Phraseologie gar nichts. Man sollte sich doch daran erinnern, daß der Graf J. de Maistre im Verlauf der französischen Revolution die Frage: was ist eine Nation? so beantwortete: »Der Souverän und die Aristokratie«. A. Thierry aber so: »Wir glauben eine Nation zu sein, und wir sind zwei Nationen im selben Land, zwei Nationen, zwei Feinde in ihren Erinnerungen, unversöhnlich in ihren Plänen«. Franco wird den Begriff der Nation so formulieren: eine Nation ist die Generalität plus Kolonialtruppen. Und der Liberale Madariaga, der uns nicht nur durch sein ausgezeichnetes Buch über Spanien,

sondern mehr vielleicht noch durch seine Tätigkeit am Völkerbund bekannt ist, hat lange vor Ausbruch der Revolution schon klar ausgesprochen, für was diese »nationale« Generalität im Bunde mit den geschichtslosen Söldnerbanden in Wirklichkeit kämpft. Madariaga klagte:

»Eine Gesellschaft von Offizieren kontrolliert das gesamte öffentliche Leben. Ohne sonderliches Interesse für die Außenpolitik... hat diese Gesellschaft nur ein Ziel... ihre Macht zu behalten, zu erweitern und einen verhältnismäßig großen Teil der Einnahmen des Staates mit Beschlag zu legen.«

Das ist ihr Kampf gegen den »Bolschewismus«! Das ist ihr »Befreiungswerk«! O ja, es ist ein Befreiungswerk: die Generale sind nämlich bestrebt, sich von den Einengungen ihres Interessenkampfes durch die Demokratie zu »befreien«. Auch das hat uns Madariaga in seinem Buch über Spanien (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1930) schon mitgeteilt. Wörtlich sagt dieser führende Spanier:

»Instinktiv wußte die Armee, daß die neuen Kräfte, wenn ihr Wachstum nicht behindert würde, nach und nach die politische Betätigung der Militärs unterbinden und den Heeresapparat auf den bescheidenen Umfang, der für eine vom Ausland nicht bedrohten Nation wie Spanien ausreicht, zurückführen werden.«

Um dies zu verhindern, sind — außer deutschen und italienischen Waffen! — die Kolonialtruppen gerade gut genug! Und für derartige Interessen müssen Städte vernichtet und Zehntausende von Menschen hingemordet, vor allem aber muß dazu eine Nation, die Zeit und Kraft zu ihrem Aufbau braucht, bei friedlicher und schöpferischer Arbeit überfallen werden — überfallen von »ihren« Generalen, die den Krieg brauchen, um ihre Existenz aufrecht zu erhalten, und wenn es nicht der Krieg gegen außen ist, dann muß eben einer gegen innen inszeniert werden! Es ist überaus bezeichnend, daß die Republik von den etwa 25.000 Offizieren rund 10.000

abbauete, Primo de Rivera jedoch darauf verzichtet hatte und die Generale nun wieder das alte Verhältnis herstellen wollen. Dabei ächzt das spanische Volk unter der Last seiner Militär- und sonstigen Ausgaben für den furchtbar überbürokratisierten Staat. Der katalanische Schriftsteller Almirall sagte einmal: in zwei Dingen marschliert das sonst weit zurückgebliebene Spanien an der Spitze Europas, »in der Höhe seiner Staatsschulden und in der Zahl der Generale«. 1927 zählte das Heer nach Madariaga 207.000 Soldaten und 219 Generale! Seit den Freiheitskämpfen gegen die Napoleonische Fremdherrschaft dominieren die Generale, deren Bedeutung durch Bürger- und Kolonialkriege noch gesteigert wurde. Wie in Preußen-Deutschland griff die Armee immer kühner ins zivile Leben ein. »Das Heer und seine Verwaltung wurden ein Staat im Staate«. (Madariaga.) Im Jahre 1905 brachte ein katalanisches Witzblatt eine Karikatur auf gewisse Militärzustände. Daraufhin drangen die beleidigten Offiziere beinahe wie SA-Leute in die Redaktion ein, in deren Räumen sie wie die Wilden hausten. Sie wurden aber nicht — und das genau wie bei der SA — bestraft. Im Gegenteil: sie setzten sogar nach einigen Ministerkrisen ein besonderes Militärgericht durch. Dieses sogenannte »Kompetenzgesetz« empfand der Liberalismus als eine schwere Niederlage. Der König stützte sich immer stärker auf die Armee, die Minister wurden ignoriert, eine Kontrolle der militärischen Ausgaben usw. gab es nicht. Es gab zwar immer kleine Kreise in der Armee, die moderner, bürgerlicher, liberalistischer dachten, aber sie blieben wie in Preußens Armee eine schikanierte Minderheit, die heute im wesentlichen zur Volksfront steht. Die politisierenden Generale gehörten im besten Falle in die Klasse der aufgeklärten Despoten (Madariaga). Und weil sie die Despotie aufrechterhalten und ihre Waffen weiterhin zur Ausbeutung der Nation benutzen wollen, darum putschen Spaniens Generale. Fred War.

# Das braune Hilfsdienstgesetz

## Pinkerton im kommenden deutschen Strafrecht

»Der Krieg ist zu einer Arbeiterfrage geworden« — dies Wort prägte ein prominenter Sachverständiger der deutschen Weltkriegsführung, der damalige General Gröner, zuerst bekannt geworden durch seine Leistungen als Chef des Feld Eisenbahnwesens, denen Deutschland in der Tat achtzig Prozent seiner strategischen und taktischen Erfolge in den vier Jahren überhaupt verdankte, schon um die Mitte des großen Ringens. Hitlerdeutschland, den Weltkrieg von morgen mit aller Sorgfalt und Kaltblütigkeit vorbereitend, würde seinen wahren Charakter aufgeben, wenn es nicht auch das Arbeiterproblem als eine der wichtigsten Kriegsfragen, mindestens so wichtig als die der materiellen Ausrüstung, behandelte. Das alles ist getarnt durch Ley-Gewäsch und Kraft-durch-Freude-Humbog, gewiß! Wer aber durchblicken will durch die grandiose Vernebelung, muß sich insbesondere mit den schon vorliegenden Vorarbeiten für das kommende hitlerdeutsche Strafgesetzbuch und dessen »arbeitsrechtlichen« Komplex beschäftigen! Auf jeden Fall stehen die gesetzgeberischen Arbeiten zur Gestaltung dieses neuen Strafgesetzbuches jetzt, wie aus dem Reich mitgeteilt wird, unmittelbar vor dem Abschluß.

Im Sinne der fast ausschließlichen Kriegsbedeutung der Arbeit, wie das System sie nun schon einmal sieht, liegt sein terroristisches Haßgefühl gegen alles, was es unter »Klassenkampf« versteht. Ein Streik der Arbeiter, ja auch nur ihr Mangel an Arbeitswillen können den kommenden Krieg verloren machen. Kriegsfabriken, in denen alles nur so schnurrt, sind wichtiger als ganze Tankregimenter. Es ist eine soziale Ungeheuerlichkeit, mehr aber noch ein hochpolitisches Symptom und Monstrum, wie in dem neuen Strafrecht dieser entscheidende Fragenkomplex »gelöst« werden soll!

Herr Hitler, der »Führer und Reichskanz-

ler« hat, wie man männiglich weiß, den Streik als Waffe des »ein für allemal abgeschafften« Klassenkampfes des Industriearbeiters denkender Weise schon oft »verboten«; mindestens auf jedem der Nürnberger Parteitage geschah das aus seinem Munde. Praktisch liegt der Fall freilich ein wenig komplizierter. In rechtlicher Beziehung gibt es da bisher eigentlich nur die Notverordnung vom 4. Februar 1933 (»zum Schutze des deutschen Volkes...«), die nämlich das Verbot solcher Druckschriften periodischer Art vorsieht, in denen zum Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb aufgefordert wird. Gewiß hat das Regime noch die Menge anderer Pressionsmittel als die Strafjustiz, dem Streik beikommen zu können. Kazzette und Parteiboykott, Unmöglichmachung des Arbeitsplatzes durch die »Arbeitsfront« und andere typische Errungenschaften der braunen Diktatur. Aber mehr und mehr trat doch die Frage gerade an die Regisseure der Diktatur hinter den Kulissen heran, wie lange und wie kräftig solche »reinen« Parteitmittel noch taugen mögen; sind sie doch mit dem Prestige und der öffentlichen Geltung der NSDAP unlösbar verknüpft, deren äußere Machtfülle zwar immer noch gesteigert werden kann, die aber innerlich bereits einen nicht zu verkennenden Verschleiß über sich ergehen lassen muß. Es kommt hinzu, daß in der Rechtspraxis bisher nur von »lebenswichtigen« Betrieben die Rede war, die nicht bestreikt werden durften. Den unsichtbaren Kräften der Diktatur kommt es aber da gerade auf die genauere Umschreibung in ihrer besonderen Kriegsmoralität, eben auf die sogenannten »kriegswichtigen« Betriebe an. Auch das zwingt dazu, den Klassenkampfgegnerschen Grundzug des Dritten Reiches über Hitler-Reden und Notverordnung hinaus gewissermaßen strafrechtlich zu präzisieren und »von Rechts wegen« zu untermauern. Im Notfall konnte die Strafjustiz gegen den Klassen-

kampf mit den folgenden Begriffen und Normen operieren: mit Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Nötigung, Erpressung und Wucher. Auch der Laie erkennt unschwer, daß das in der Praxis freilich selbst für den strafwütigsten Staatsanwalt und Richter nicht ganz leicht war; es mußte schon ein ganz besonderer Umstand bei einem Streik vorliegen, um mit diesen Strafrechtsbegriffen zur Justifizierung des Streikenden kommen zu können.

Es ist nun das neue braune Strafgesetzbuch, das hier in dieser und in jener Weise durchgreifenden Wandel schaffen soll. Seine Einführung zwingt den deutschen Arbeiter in ein geschlossenes Sidaverei-System eines neuen und permanenten »Kriegshilfsdienstgesetzes«! Die Einzelheiten darüber hat jetzt der Ministerialrat Grau vom Reichsjustizministerium in verschiedenen Vorträgen vor industriellen Fachleuten und in Zeitschriftenartikel etwas vor-eilig ausgeplaudert. Bei der Art, wie Hitler-Gesetze par ordre de mufti des »Führers und Reichskanzlers« allein noch zustandekommen, ist aber auch nicht daran zu zweifeln, daß diese hier mitgeteilten Einzelheiten der Reihe nach legalisiert werden.

Wichtig ist da zunächst die Feststellung, daß die Väter jenes neuen »Hilfsdienstgesetzes« im braunen Strafrecht sich als ein wenig klüger und vorsichtiger erwiesen haben, als der »Führer« selbst. Sie haben erkannt, daß, wenn es wirklich einmal in Deutschland wieder zu Streiks in herkömmlichem Sinne kommt, das »Verbot« Hitlers gar nichts bedeutet und daß der Strafrichter einfach ohnmächtig ist, obschon doch, wie Grau sagt, »die Strafwürdigkeit des betätigten Streikwillens außer Zweifel steht.« Gegen Massenerscheinungen versagen regelmäßig die Waffen des Strafrechtes — klagt Grau

# Walter Frank

»Geschichtsschreiber des neuen Deutschlands«

ein wenig melancholisch! Das kommende Strafrecht beschränkt sich also darauf, nur die »Rädelsführer« und die »Streichhölzer« zu fassen. Man glaubt so wenigstens Exempel statuieren zu können. Mit »Recht« hat freilich dies willkürliche Herausgreifen des einen oder des anderen der Streikenden, weil die »strafwürdige« Masse schon nicht zu fassen ist, nicht sehr viel zu tun; entscheidend und ohne Scham herausgestellt ist die Staatsraison in ihrem ganzen Relativismus und Opportunismus.

Bei dieser vom System selbst festgestellten Fragwürdigkeit der Tauglichkeit strafrechtlicher Waffenanwendung gegen die kollektive und solidarische Kraft einer kämpfenden Arbeiterschaft können sich nun die Väter des neuen braunen Strafrechts, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, unmöglich mit solcher Resignation bescheiden. Sie suchen also dem Klassenkampf von der anderen Seite, aus der »individuellen Zone« beizukommen. Sie versuchen sich an »den« Arbeiter zu halten, wenn schon »dies« Arbeiter sich ihnen entziehen. Der einzelne Arbeiter wird also an die Kandare gelegt, die man der Arbeiterschaft als Ganzem — trotz Ley und seiner Zwangsorganisation — nicht anlegen kann. In diesem Sinne darf der schon zitierte »Pg.« Grau denn auch die folgende Mitteilung machen:

»Die innere Bindung, die jetzt zwischen den einzelnen Arbeitern und den übrigen Gliedern der Gefolgschaft wie auch dem Betriebsführer besteht, hat Anlaß zu einem weiteren neuen Tatbestand gegeben, der die Verweigerung unentbehrlicher Arbeiten in lebens- und kriegswichtigen Betrieben mit Strafe bedroht. Anders wie beim Streik besteht hier ein Bedürfnis, jegliche Nichtverrichtung von Arbeiten, ohne die der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, zu bestrafen, wenn die Arbeitsverweigerung pflichtwidrig ist. Pflichtwidrig aber wird ein Arbeiter nicht nur dann handeln, wenn er vertraglich zu der Arbeit verpflichtet war, sondern auch dann, wenn die Arbeit unter Berücksichtigung aller Umstände von ihm erwartet werden kann. Ein auf tägliche Kündigung angestellter Arbeiter, der mit einer so wichtigen Arbeit betraut ist, darf also nicht durch ein unerwartetes Ausscheiden die Fortsetzung eines lebenswichtigen Betriebes gefährden. Er muß so lange auf seinem Arbeitsplatz ausharren, bis normalerweise für ausreichenden Ersatz gesorgt ist und so die Stilllegung des Betriebes verhindert werden kann. Sowohl bei Streiks wie bei der Verweigerung unentbehrlicher Arbeiten wird dem Streikenden oder der Nichtverrichtung der Arbeit die sogenannte passive Resistenz gleichzustellen sein. Denn es macht für die Lage des Betriebes regelmäßig nur einen geringen Unterschied, ob die Arbeit überhaupt nicht getan wird oder böswillig so verrichtet wird, daß der ordnungsmäßige Gang des Betriebes gestört ist.«

Es ist wichtig, festzustellen, wie der sicherlich ganz autorisierte Augur des neuen brau-

Die Generation der Wissenschaftler, die traditionsgemäß noch eine gewisse Sauberkeit in der Forschung und in der Lehre nicht völlig preisgegeben hat, stirbt langsam aus. In der entscheidenden Einflußsphäre brauner Kulturerneuerung dirigiert bereits ein jüngerer Professorentyp, der die Schule der SA-Universität mit Erfolg absolvierte. Einer aus dieser Reihe und ein besonders prominenter ist Walter Frank, der »Geschichtsschreiber des neuen Deutschlands«, wie ihn die braune Presse bezeichnet. Vom Führer mit der Leitung eines entsprechenden »Reichsinstitut« beauftragt, das alles neue Geschichtswissenschaft nach der »Erkenntnistheorie« Hitlers auf Grund »völkisch-rassistischer Erkenntnisse« quellenmäßig sammeln und darstellen soll, ist Frank heute der Diktator der neudeutschen Geschichtswissenschaft. Es lohnt sich, den Auftrieb dieses Arrivierten näher zu verfolgen.

Frank kommt aus dem nationalsozialistischen Studentenbund. An der Seite Baldur von Schirachs war er einer der braunen Sturmgelassen, die an den deutschen Universitäten wohlorganisierte Skandalosa verübten. »Damals schien der Eilan der nationalsozialistischen Studentenkampfbataillone im raschen Anlauf die deutschen Hochschulen zu gewinnen« — so sagt er selbst in einem Interview. Aber die Holzereien zur Niederzwingung der Gegner genügten nach seinem Geständnis doch nicht ganz, um dem schöpferischen Kulturwillen des Nationalsozialismus zum Endsiege zu verhelfen. Es mußte, so sagt er, die »Ueberlegenheit des Nationalsozialismus auch in der geistigen Begründung einer Wissenschaftsidee mit eingehalten werden.« 1928 veröffentlichte Frank eine Schrift über »Stöcker und die christlich-soziale Bewegung«, worin er »mit unbeding-

nen Strafrechts neben den Begriff des lebenswichtigen Betriebes (als solche wurden bisher lediglich die großen Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand, vor allem die Wasserwerke, angesehen, deren Stilllegung katastrophale Folgen für die Gesamtbevölkerung nach sich ziehen muß) nun auch extra und ausdrücklich den Begriff des »kriegswichtigen« Betriebes einschmuggelt, und zwar nicht etwa für die Zeit eines wirklich ausgebrochenen Krieges, sondern zeitlos und absolut, also auch bereits für die Gegenwart des Dritten Reiches. Und welcher Betrieb wäre da nicht »kriegswichtig«? Die Interpretationsfähigkeit der neuen strafrechtlichen Begriffe ist überhaupt das Entscheidende! Was kann dem einzelnen Arbeiter nicht alles »unter Berücksichtigung aller Umstände« an Arbeit, in bezug auf Intensität und vor allem auch Entlohnung, zugemutet werden?! Und der Herr Ministerialrat Grau zuckt noch nicht einmal mit der

ter wissenschaftlicher Methodik und Wahrfähigkeit an die Judenfrage heranging.« Dieses Buch brachte ihn »begrifflicherweise« in engere Verbindung zu Hitler. 1934 veröffentlichte er eine Schrift über den »deutschen Soldaten Freiherrn von Epp«. Die Karriere stand ihm offen. Im Herbst des gleichen Jahres ernannte ihn sein Führer zum Referenten für Geschichte im Stabe Rosenbergs und verlieh ihm den Professorentitel.

Nach welchen Prinzipien er Kilos Griffel an wegweisender Spitze deutscher Geschichtswissenschaft zu führen gedenkt, dafür zeugen ein paar Stellen aus seinen Schriften und Bekenntnissen:

»Wenn wir die Kraft besitzen, die Geschichte wieder so zu schreiben, daß die Geschichtemachenden sie im Tornister mit sich führen, dann haben auch wir Geschichte gemacht.« (Rede: »Zunft und Nation.«)

»Die Wehrmacht steht mitten in der geistigen Auseinandersetzung der Nation. So wie der Soldat auch die geistigen Güter der Nation mit seiner Waffe schützt, so wird der Geistige dem kämpferischen Lebenswillen seines Volkes, den der Soldat verkörpert, seine geistige Rechtfertigung mitschaffen helfen.«

»Der Mann, der das neue Reich schuf, ein Süddeutscher österreichischer Herkunft, stellt in seiner Person und seinem Schicksal die lebendige Verbindung preußisch-soldatischer Zucht und süddeutscher Künstlerlusts dar.«

»Wie die Welt während der Olympia auf Deutschland blickte, so wollen wir stolz und zuversichtlich aussprechen, daß Deutschland auch in einem Olympia der kulturellen Schöpfung und der wissenschaftlichen Leistung begriffen ist. Es wird nicht weniger wichtig für Deutschland und die Welt sein als jenes Olympia der Körperkraft.« (Interview in der DAZ.)

In dieser »Olympiade« in vorderster Reihe,

blieb Walter Frank selbstverständlich auch an der Spitze beim Durchbruch neuer Geschichtsschreibung. Man begreift, weshalb er die objektive Geschichtswissenschaft von einst von den deutschen Hochschulen vertreiben will. Die Suche nach Geschichtswirklichkeit und Geschichtswahrhaftigkeit, denen die großen deutschen Historiker Ranke und Mommsen, Lamprecht und Oncken dienten, um nur einige aus einer glänzenden Reihe zu nennen, sind senile Ueberbleibsel aus einer Zeit, wo man im Banne des verweichlichten Liberalismus noch nicht erkannte, daß es »für deutsche Menschen nur eine Geschichtsschreibung vom deutschen Wesen her und in deutscher Bewertung geben kann.« Das Wertmaß für dieses deutsche Wesen festzustellen, dafür ist Franks »Reichsinstitut« da, wo die Kreatur des Führers mit dem Marschallstab hantiert.

Schon um zu wissen, was für Leute neben Frank »Bildner am Antlitz des Deutschlands von morgen sind, nennen wir aus der Reihe der neuen Gelehrten generation einige, die nach Franks Zeugnis im besonderen Maße von der Gnadensonne bestrahlt werden. Es sind neben Günther, Kriek und Bäumler, den Ehrenmitgliedern des »Reichsinstituts«, noch Alfred Grunsky, der über »Seele und Staat« schrieb, Karl Richard Ganzer mit einem Buche über »Richard Wagner«, Wilhelm Grau mit Publikationen über »Antisemitismus im Mittelalter« und »Wilhelm von Humboldt und das Problem der Juden«.

Diese Lehrer werdender deutscher Führertypen hat man im Auge zu behalten, als Zeugen wissenschaftlicher Entartung, für den Augenblick, wo das deutsche Geschichtsbild von seinen braunen Schmutzflecken wieder gesäubert wird. H.

zu tun ist, wie um die Domptur des »inneren Feindes« oder, anders ausgedrückt: um die Erhaltung des Spätkapitalismus in seiner bankrottsten und deshalb brutalsten Form!

## Bei welchem Gott?

Die deutschen Zeitungen melden:

»Der Fahneneid, so erklärt der Reichskriegsminister, ist ein religiöser Eid, setzt aber nicht ein christliches Bekenntnis voraus. Die Worte »bei Gott« ermöglichen es, auch Anhängern nichtchristlicher Glaubensrichtungen, den Fahneneid bei dem höchsten Wesen ihres Bekenntnisses zu schwören.«

Daß verhältnismäßig wenige Juden in die Verlegenheit kommen werden, den deutschen Fahneneid zu leisten, muß es sich hier wohl in der Hauptsache um die Neuheiden handeln. An welchen ihrer vielen Götter aber sollen die in der Eile denken?

## Kunstkritik

Der Text der aufgeführten Operette stammt von dem Dichter Baldur Rasselmann, der seine lückenlose Ahnenkette — sie hängt in Versform über seinem Bette — bis Totila zurückverfolgen kann.

Und die Musik — ihr kennt den Komponisten, er kämpfte schon in Hamburg seinerzeit und glänzt auf allen goldenen Ehrenlisten, ward er doch aus den Händen der Marxisten wie durch ein Gotteswunder heil befreit.

Man hat die Mörder dafür hingerichtet — Und die Musik ist fast von Johann Strauß. Ein Werk, das so getonsetzt und gedichtet, ein solches Werk urdeutscher Art verpflichtet und heischt gebieterisch ein volles Haus.

Die erste Sängerin ist hochbegnadet und bei Herrn Streicher wöchentlich zu Gast, der nur die besten Künstler zu sich ladet. Wer sich in ihrer Silberstimme badet, vergißt, daß sie den Einsatz gern verpaßt.

Nur der Tenor läßt jeden Glanz vermissen, er ist noch nicht einmal in der Partel, er zittert schrecklich, und wie alle wissen, die sich bisher um diesen Künstler rissen, wird außerdem sein Rollenfach bald frei.

Im allgemeinen läßt sich aber sagen: wem Kraft durch Freude einen Platz beschert, der wird sich wohl darüber nicht beklagen und wird das Hochgefühl nach Hause tragen: der Abend war des Abends vollauf wert.

## Inspektor Braesig an Hitler

Herr Führer!

In der Pomuchelschlagener Volksversammlung von 1848 war es, wo ich mein unsterbliches Wort prägte: »Die Armut kommt von der Poverthe her.« Unsterbliches Wort, sage ich. Denn es hat fast ein Jahrhundert lang gegolten; nach einem später auf gekommenen Dichter namens Ibsen hält aber eine solide Wahrheit nur zehn Jahre und wenn es hoch kommt, zwanzig. An irdischen Maßstäben gewertet ist mein Wort also unsterblich, zumal gar, wenn man seine Lebensfähigkeit mit dem Bestand sogenannter »tausendjähriger« Reiche vergleicht.

Nachdem mein Wort also durch lange Jahre unangefochten sich behauptet hat, war es Ihnen endlich vorbehalten, nachdem Sie bereits die freilichtlichen Ideale meines Dichters, des schwarz-rot-goldenen Burschenschafters Fritz Reuter grausam in Deutschland unterdrückt haben, auch gegen mein bescheidenes Weisheitsprodukt Front zu machen. Nach Ihrer Erleuchtung kommt die Armut im heutigen Deutschland nicht von der »Poverthe« her, sondern von der »Rischä« vom Reichtum! Das deutsche Volk, so verkünden Sie, haben nur deshalb nichts zu kauen, weil es ihm viel besser ginge als früher, wo es zu essen hatte. Das Fehlen von Rindfleisch, Butter, Eiern deuten Sie als Merkmale eines allgemeinen Wohlstandes und Aufschwungs. Weil die Arbeiter jetzt so viel verdienen, darum äßen sie auch viel, und folglich sei nichts zu essen mehr

da! ... Da muß ich doch ein Wörtchen Plattdeutsch reden, obwohl das einer, der einst als Schlawiner an der Donau hauste, nicht verstehen dürfte, ich muß mit meinem Dichter Fritz Reuter ausrufen: »Jonge, dat Du die Näs ...!«

Wie im Fritzings »Läuschen un Rimele« können unter Ihnen die deutschen Arbeiter wieder sagen: »Rindfleisch und Pflaumen ist ein gutes Gericht. Nur, meine Herren, wir kriegen es nicht!« Aber wenn das Rindfleisch fehlt und das Schöpfenfleisch dazu, dann kommt das allemal von der Poverthe her, und nicht, wie Sie dem Volk einreden wollen, von der Rischä. Höchstens könnte man in der Sprache meines Freundes Moses Löwenthal — ich verleugne den braven Moses trotz Ihrer Plakate »Meldet den Umgang mit Juden« ebensowenig, wie unser gemeinschaftlicher Schöpfer Fritz Reuter sich geschämt hat, die Gestalt eines anständigen Juden neben die anständiger Christen zu stellen — dann könnte man also in Mosesens Sprache mit etwas anderer Betonung sagen: Die Armut in Deutschland kommt von »Rischä« her. Das wäre zwar nicht die ganze, aber immerhin ein Zipfel der Wahrheit.

Nun sagt man uns Meklenburgern freilich zum Spott nach, wir stammen aus dem Lande des Ochsenkopps. Aber halten Sie uns darum nicht für Ochsen. Als Gutsinspektor hab ich jeden Tag die Natur vor Augen und sehe, woher es wächst. Nicht von Ihren Verordnungen und Reden, sondern von der Arbeit. Wenn der Arbeiter kräftig schafft, dann mag er ruhig nachher einen Happen mehr essen oder auch viele Happen. Natürlich futtert ein Arbeiter, der draußen werkt, mehr,

als einer, der in seinen vier Wänden döst. Aber wenn er nur vernünftig seine Arbeit einteilt — nicht wie der neue Gutsvolontär lauter Unsinn macht — dann wird er von seiner Arbeit noch allemal satt werden, ja reichlich übrig behalten.

Wenn er aber trotz aller Arbeit hungrig bleibt, dann liegt das nicht am Ochsenkopp, sondern an dem andern Kopp, am Pomuchelskopp. Sie erinnern sich: Das ist der Gutsbesitzer, der schlechten Lohn zahlt und mit Madame und Mademoiselle Pomuchelskopp in die Stadt fährt, um in seinen Lokalen durchzubringen, was seine Gutsarbeiter mit saurem Schweiß erzeugt haben. Wenn so ein Pomuchelskopp über Ihnen sitzt, dann können die armen Kerle freilich schufteln, so viel sie wollen, sie bleiben mager. Dann kommt Ihre Armut freilich von der Rischä her, aber nicht von ihrer Rischä, sondern von Pomuchelskopp seinem Reichtum!

Und nun hören Sie genau zu, Herr Führer: Mir scheint, über Deutschland sitzt so ein großer, ein riesengroßer Pomuchelskopp, der verpraßt, was die Arbeiter verdienen! Eigentlich sogar zwei Pomuchelsköpfe: der eine hat eine Feldgrau, der andere eine braune Uniform an. Und darunter rafft und brandschatzt und schmatzt und kaut ein ganzes Herr von kleinen Pomuchelsköppen. Die erzeugen müßig einen Haufen Papier, Proklamationen, Redeschwall, Verordnungen und sie selber haben davon satt und übersatt zu essen, während das Volk darbt. Nun wollen diese vollgefressenen Pomuchelsköpfe dem hungrigen Volke, das schafft und nichts zu essen hat, einreden,

In verborgenen Ecken der deutschen Presse.

I. In Aachen hatte sich ein älterer Straßenbahnchaffner auf eine vergnügte Bierreise begeben. Er war sonst »harmlos« und »ungefährlich«.

»Die Dichteritis ergriff ihn auch an dem besagten Urlaubstage, als er in der alten Kneipe »Zum Walfische« auf dem Pont unter dem an Kupferkettchen hängenden Hasenknochen drauflos phantasierte.

Urteil: neun Monate Gefängnis!

II. In Köln hatte sich ein Mann namens Luzuweit im Dritten Reich der gegenseitigen Denunziationen besonders heimisch gefühlt. Er haßte einen Postbeamten und erfuhr, daß dieser sich — man denke! — zum gemeinsamen Genuß einer Malbowie mit einer Jüdin getroffen haben sollte.

»Der seit acht Jahren erwerbslose Volksgenosse E. verkaufte zum Tag der nationalen Arbeit Birkenreiser zur Ausschmückung der Häuser im Auftrag des Luzuweit.

Obwohl es im Dritten Reich kaum noch Erwerbslose und noch weniger hungernde Kinder geben soll, dieser Mann also schon durch seine Existenz den Kundmachungen seines Führers widersprach, wurde er von besagtem Luzuweit veranlaßt, an den suspekten Postbeamten eine Karte zu schreiben: entweder tausend Mark oder Anzeige wegen Rassenschande!

Anklage gegen beide wegen Erpressung. Urteil: Luzuweit drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, für den Erwerbslosen sechs Monate Gefängnis.

Damit scheint der Fall aber noch nicht abgeschlossen zu sein. Das Gericht stellte fest, es sei nur »mit ziemlicher Sicherheit« anzunehmen, daß der Postbeamte sich nicht rassenschänderisch verstrickt habe.

Ein Film wird ertüchtigt

Als der Mexiko-Film »Viva Villa« unlängst in Deutschland angekündigt wurde, wunderten sich die Eingeweihten baß. Denn dieses Werk ist revolutionär — im demokratisch-sozialistischen Sinne revolutionär, obgleich es in Hollywood gedreht wurde.

Das ist in groben Umrissen der Inhalt des Films, der darstellerisch gut ist und dessen Massenszenen eine mitreißende Kraft haben. Schon diese mangelhafte Skizze mag dem Leser deutlich machen, warum es kein Film für Deutschland ist.

»Dieses neue Stück hollywoodscher Weltgeschichte, das nach reichlich zwei Jahren an unsere Ufa gelangt ist, ist auf die Hälfte seiner eigentlichen Länge zusammengeschrunpft.

Es läßt sich dennoch folgendes erkennen: ein Banditengeneral, herkulisch, groß, verwegend, gut eingepaßt in den Umriss der Legende, die ihn zum Befreier des mexikanischen Landvolks und zum Gegenspieler des Diktators Porfirio Diaz werden ließ.

weiche Präsidentschaftsnachfolger von Diaz, dann spanische Richter und Gutsherrn — damit bricht schon die Personenreihe ab. Es kommen die gesichtslosen, namenlosen vielen Bauern, mit denen Villa die Attacke rettet — das Volk, der Aufstand als Person.

Das ist also alles, was selbst ein gewitzter Filmberichterzatter der »Frankfurter Zeitung« durch die fehlenden Stellen hindurch ahnen kann. Und noch das dürfte den Zensoren eigentlich zuviel gewesen sein.

Gift und Neid

Man sieht drüben nur frohe Gesichter, versichert Göbbels, man sieht das glückliche neue Deutschland. Gleichzeitig klagen die Blätter über die »Krise des Humors«.

»Immer wieder kann man es beobachten, wenn »besser gekleidete« Menschen in einen Versammlungsraum oder in die Elektrische treten, daß ihnen aus so und so viel Augen Neid, ja förmlich Haß entgegenblickt von denen, die sich durch das bloße Dasein der anderen bedrückt und beeinträchtigt fühlen.«

Das Blatt führt Beispiele an: An einer Bahnstrecke muß ein Straßenbahnwagen halten, weil dort repariert wird. Fahrgäste werden ungeduldig. »Da machten Arbeiter auf der Strecke höhnische und schadenfrohe Bemerkungen über die gezwungenen Wartenden, obsonen auf der Plattform auch so und so viel Arbeiter standen, die pünktlich zu ihrer Arbeitstätte wollten!«

Bei einer Gesellschafts-Dampferfahrt wollen einige Reisende, die nicht dazu gehören, noch weiter fahren; sie mußten daher bei der Landung zuerst aussteigen und umgebootet werden. Als sie mit ihren Koffern an den anderen vorbeiziehen, hört man allgemeines Räsonieren: »Na ja, wer Geld hat, darf zuerst aussteigen!« Die anderen Mekkereln kann man sich denken.

»Das sind immer noch ganz üble und gefährliche Reste des marxistischen Gleich-

heitswahnes und Klassenhaases. Auch der »besser gekleidete« gehört zur Volksgemeinschaft!«

Alle diese Neider seien Egoisten, »ihr geistiger Nährvater ist der Neid«, wehe ihnen, denn:

»Neid ist die Wurzel alles Uebels. Aus dieser giftigen Wurzel wächst der Klassenhaß. Der Klassenhaß aber schädigt und beleidigt das Wertvollste, was ein Volk besitzt: die schöpferische Persönlichkeit!«

Es hat in Deutschland noch keine Bewegung gegeben, die derart gemeingefährlich und demagogisch an den Neid appelliert hat, wie die Hitlersche. Sie sammelte die Gescheiterten, sie lebte in ihrer Agitation von einer widerlichen Hetze gegen die »satten Bonzen«, sie schürte den Neid gegen alles, was etwas leistete und einen Platz ausfüllte.

Aber diese meist duckmäuserische Giftmischelei, gegen die man sich jetzt wehren muß, hat noch eine andere Wurzel. In der Demokratie konnte sich der arme Teufel aussprechen, frei von der Leber; seine Wortführer durften sagen, was er litt. Seinen Lohn brauchte er nicht in Demut hinzunehmen.

seine Armut käme vom Reichtum her. Ja, von ihrem Reichtum, vom Reichtum der Pomuchelsköpfe! Herr Führer, wenn ich heute noch einmal in Pomuchelshagen zum Volke reden dürfte, — ich ließe die Armut nicht mehr von der Povertek herkommen.

Das Volkslied

Es war im Juli, als die neunzehnjährige Bauerntochter Maria Flicht aus Kirchdorf am Inn sich bereit erklärte, bei dem technischen Obersekretär Zehlein in Würzburg in Dienst zu gehen. Sie wartete noch die Ernte ab.

Einige deutsche Blätter knüpfen an die kleine Tragödie gefühlvolle Kommentare. Wer sie liest, könnte für eine Weile vergessen, daß in diesem Deutschland täglich tausende gefangener Menschen ihrer Gestattung wegen

geschunden werden. Die »Köln. Volkszeitung« überschreibt ihren ach so menschlichen Bericht: »Ein Volklied begibt sich« — wobei das Blatt wohl nicht gerade an jene Volkslieder denkt, die in den Konzentrationslagern von den Opfern zu entmenschten Demütigungen geungen werden mußten, sondern Schmock möchte nur die magische Kraft des Heimwehs in seiner genußtiefer Weise feiern.

Wenn jedoch die Bauerntochter Maria im Krankenhaus wieder auf die Beine kommt und die Berichte vor die Augen kriegen sollte, wird sie darin wahrscheinlich einiges vermissen und wird finden, daß die Umgebung, der sie auf Leben und Tod entflo, in den Berichten nur ungenau dargestellt wurde.

Und Maria Flicht schien es wohl manchmal, daß dies ein fremdes, unbekanntes, gefährliches Land sei, wie es auch vielen anderen erschien, und ich muß da gerade an eine andere Maria denken, die ebenfalls Dienstmädchen war und mit dem Ehepaar, bei dem sie diente, in die Emigration ging.

der in ihre Heimat zurück mußte. Sie hat sich nie um Politik gekümmert, hat bald diese Partei, bald jene, bald gar nicht gewählt und war auch einmal der Meinung gewesen, man sollte doch auch Hitler mal regieren lassen, wie vorher andere.

Zwei Monate blieb sie daheim, dann ließ sie sich Geld, fuhr ein Stück, ließ einige Tage, langte todmüde wieder in Brüssel an und hat das Emigrantepaar um Aufnahme, ohne Lohn, für Kost und Unterkunft, denn die Heimat sei ihr so unerträglich fremd geworden, daß sie es vor Fernweh nach der Emigration nicht mehr aushielte.

Oder jene ebenfalls unpolitische Steffi, die aus einer mitteldeutschen Stadt ihren emigrierten Dienstgebern schreibt, sie streiche abends um das Haus, in dem sie ein Jahrzehnt hindurch bei ihnen war und könne nicht froh werden in ihrer Umgebung und warte auf die Stunde, da sie ihnen nachreisen könne ins Fremde, Ungewisse, denn heimatlos sei sie auch in der Heimat.

Der Staats-Idiot Die »Frankfurter Zeitung« stöhnt über ein hochbraunes Buch: »Alles, was in der Welt vor sich geht und geschehen ist, kann uns nur noch

schieläugigen Klassenneid, der sich hämlich äußert, weil alle Ventile verstopft sind. Das ist die Erneuerung des deutschen Menschen.

Gnadenhalber degradiert

»Zur Abwendung von Härten für die Gerichtsassessorinnen, besonders für solche, die bereits in den letzten drei Jahren ohne wesentliche Unterbrechung entgeltlich beschäftigt waren, soll eine beschränkte Zahl in den oberen Dienst bei den Gerichten und den Strafvollzugsbehörden übernommen werden.

Die reglementierte deutsche Gans

»Der Reichsnährstand veröffentlicht durch die Hauptvereinigung der deutschen Eierwirtschaft im Verkündungsblatt des Reichsnährstandes Nr. 95 vom 5. Oktober 1936 ihre Anordnung Nr. 11/36, welche am 5. Oktober in Kraft trat.

insoweit interessieren, als wir daraus lernen und Nutzenwendungen für unsere Volks- und Rassenpolitik daraus ziehen können. Aus diesem Satze, der sich in einer von Hollerau ausgegangenen Schrift findet, zieht der Schreiber unter anderen auch die überraschende Konsequenz, daß Schillers Dramen, die fast alle in fremden Ländern spielen statt im eigenen, schon darum keinen rechten Wert mehr für uns hätten.

Das ist zwar richtig und alle Denkenden in Deutschland stimmen dem letzten Satze zu, aber sie zweifeln damit alle geistigen Grundlagen des Dritten Reiches an.

Ertüchtigte Jugend

»Schwetz: Zwischen zwei Fortbildungsschülern, einem Fleischer- und einem Tischlerlehrling, kam es zu einer blutigen Schlägerei. Während eines Streites schlug der Tischlerlehrling seinen Gegner mit einer Eisenstange über den Rücken. Hierüber erboßt, ging der andere nach Hause und holte ein Messer, lauerte seinem Gegner auf und stieß ihm das Messer in die Brust.

Deutsche Zeitungsmeldung.

# Der Betrieb in Wahrheit und Dichtung

## Gemeinschaftsbuch — Geschäftsbericht — Betriebsordnung

Die innerdeutsche Lage spiegelt sich in den neuerdings stark geklumpten Kundgebungen der Arbeitsfront wieder. Die Verfügung des Führers vom November 1934 über den organisatorischen Totalitätsanspruch der Deutschen Arbeitsfront, die in Vergessenheit geraten wollte, wird nach allen Richtungen erläutert. Es wird betont, daß nur die bedingungslose Einigkeit dem schaffenden Deutschen nützen kann. Voraussetzung aber dafür sei die autoritäre Führung von einer Stelle — »das ist die Arbeitsfront«. Es wird auch nichts versäumt, um nach wie vor die geringste Organisiertheit der Arbeiter und Angestellten außerhalb der DAF mit Gewalt zu verhindern. Das Regime ist sich aber durchaus bewußt, daß die systematisch angestrebte Atomisierung der Arbeiterklasse ihre natürliche Grenze im Betriebe finden muß und auch findet. Es fürchtet die Solidarität der Belegschaften, wie das Feuer und sinnt täglich auf neue Propagandamittel, die Betriebsarbeiter zu täuschen und zu beruhigen.

Als letzte Neuheit gibt das Organisationsamt der DAF die Einführung eines »Gemeinschaftsbuches des Betriebes« bekannt. Jeder Betrieb wird mit einer Art von goldenem Buch beglückt. Dort wird schwarz auf weiß die Einheit des Betriebes historisch festgelegt. Der gedruckte einleitende Text »spiegelt den Neuaufbau von Arbeit und Wirtschaft« im Dritten Reich wider. Dann sollen Protokolle aus dem Betriebe niedergelegt werden, die den Arbeitsfrieden zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft dokumentarisch belegen. In der gedruckten Einleitung steht:

»es gibt keinen guten Betrieb, wenn Betriebsführer und Besitzer Verdienst und Dividenden über das Wohlergehen der Gefolgschaft stellen, wenn ihnen an Maschinen und Gebäuden mehr liegt, als an den Menschen, die mit ihnen am gemeinsamen Ziele schaffen.«

Die geschriebenen Protokolle werden gewiß den gedruckten Phrasen angepaßt sein. Was aber wirklich an sozialer Erneuerung in den Betrieben zu finden ist, verraten heute schon die Geschäftsberichte der großen Gesellschaften. Die autoritäre Führung der Arbeitsfront könnte den Herausgebern der Gemeinschaftsbücher darüber einige Richtlinien geben, die im gedruckten Vorwort bisher nicht zu finden sind. Im Zentralarchiv der DAF befinden sich nämlich die Ergebnisse einer Bearbeitung aus 367 Geschäftsberichten deutscher Aktiengesellschaften. Von betrieblicher Sozialpolitik ist dabei so gut wie nicht die Rede. Der Berichterstatter des Zentralarchivs konnte es sich nicht versagen, seine Arbeit mit folgender Bemerkung zu versehen:

»Das Ergebnis dieser Untersuchung ist, soweit es das Bekenntnis zu einer sozialistischen Verpflichtung betrifft, für den mit anonymem Kapital arbeitenden Teil der Wirtschaft beschämend. Allein, daß in mehr als der Hälfte der Berichte die Gefolgschaft nicht einmal erwähnt wird, ist bezeichnend genug. Noch dünner werden die Angaben, die sich auf das Wohl und Wehe der Gefolgschaft beziehen. Völlig verschwindend sind die Angaben über Wohnungs- und Siedlungswesen, Schönheit der Arbeit, Urlaub, K. d. F. sowie über die Beteiligung der Firma am Winterhilfswerk. Kaum einer der Geschäftsberichte gibt ein wirklich abgerundetes Bild der sozialen Betreuung der Gefolgschaft durch den Betriebsführer.«

Was wird das geduldige Papier der Gemeinschaftsbücher ertragen müssen, bis dort dieses amtlich festgestellte beschämende sozialpolitische Ergebnis genügend entstellend werden kann. Die Herausgeber des »Gemeinschaftsbuches« haben auffallenderweise darauf verzichtet, den Inhalt der Betriebsordnungen eintragen zu lassen. Auch hier könnte das Zentralarchiv einige Auskünfte geben. Man hat dort festgestellt, daß in den zwei Jahren des Bestehens der Verordnung über Betriebsordnung etwa 75.000 bis 80.000 Betriebe ihrer formalen Verpflichtung nachgekommen sind. Da jeder Betrieb mit mindestens 20 Arbeitnehmern eine BO erlassen soll, so müßten der DAF etwa die doppelte Zahl solcher Betriebsordnungen vorliegen. Die Betriebsordnung soll, wie der Gesamtbericht sagt, ein Kernstück der Sozialpolitik sein. Die vorliegenden Betriebsordnungen aber seien »sehr verschieden« und »mannigfaltig«. Der Bericht verzichtet wohlweislich auf irgend welche Angaben über Kündigungsschutz, Urlaub, Urlaubsgeld, Löhne und Gehälter, Gehaltsbeziehung im Krankheitsfall usw. Man begnügt sich mit der vorsichtigen Bemerkung:

»Wir haben Betriebsordnungen kennen gelernt, die gut sind, obgleich sie sich an materieller Leistung verhältnismäßig bescheiden ausnehmen.«

Wie müssen erst die weniger guten Betriebsordnungen aussehen. Aber die materielle Lage der Belegschaft hat ja mit der »Abschaffung des Klassenkampfes« ihre Bedeutung für das Dritte Reich verloren. So sagt der Bericht:

»Man kann sogar die paradoxe Behauptung aufstellen, daß es Betriebe mit schlechter Betriebsordnung gibt, in denen dennoch ein guter Betriebsgeist zu Hause ist.«

Die DAF hat auch BO's kennengelernt, »die reich an wohlgesetzten Paragraphen, aber dürftig an gutem Inhalt sind.«

Wesentlich deutlicher als die DAF-Zentrale werden einzelne Treuhänder in ihren Uebersichten. So hat der Treuhänder für den Industriebezirk Westfalen bei 1.000 BO immer noch keinen Ueberblick über die dortigen Werklarife gewinnen können. Er schreibt im »Kuhrarbeiter«:

»Das Gesamtbild ist nicht erfreulich, schöne Phrasen, aber wenig echter NS-Geist der Betriebsgemeinschaft... aus dem Arbeitgeber wird der Führer des Betriebes, aus dem Arbeiter der Gefolgsmann, die Geldstrafe nennt man Buße und im übrigen... man liest viel von Pflichten der Gefolgschaft, aber von Pflichten des Betriebsführers liest man nichts. Das gilt leider für die Mehrzahl der Betriebe.«

Die anderen Gebiete des Reiches beschreibt die Tageszeitung der DAF wie folgt:

»Zu Anfang ein paar Phrasen, zum Schluß ein paar Phrasen, in der Mitte die trockenen Muß-Paragraphen aneinandergereicht und schön ist sie fertig die Durchschnittsbetriebsordnung, die die Visitenkarte der Betriebsgemeinschaft sein soll.«

Von einer Kontrolle der Werklarife, die von den Unternehmern einfach diktiert werden, ist keine Rede. Der westfälische Treuhänder entschuldigt sich, daß es ihm in seiner Dienststelle unmöglich sei, die große Menge der einzelnen BO zu überprüfen. Die Betriebsordnungen, die im neuen Deutschland der lebendige Ausdruck der sog. Betriebsgemeinschaft sein sollten, werden von den Unternehmern überhaupt nicht ernst genommen. Es genügt ihnen, daß diese diktatorische Betriebsverfassung für den Betriebsführer die

unumschränkte Befehlsgewalt über die Gefolgschaft sichert. Der Werktarif, der vom Betriebsführer auch jederzeit geändert werden kann, bedeutet praktisch eine unumschränkte Lohndiktatur der Kapitalisten.

So muß der Kreiswalter der DAF in Kleve kleinlaut eingestehen:

»Wiederholt konnten Fälle festgestellt werden, in denen ein Betriebsführer Maßnahmen ergriff, die im Widerspruch mit seiner eigenen Betriebsordnung stehen.«

Der Kreiswalter von Dinslaken berichtet:

»In den ganzen zwei Jahren habe ich es noch nicht erlebt, daß in irgend einem Betrieb bei irgendwelcher Differenz oder Schwierigkeit sich der Gefolgschaftsführer oder Gefolgschaften auf die Bestimmungen der Betriebsordnungen berufen hätten. Allein diese Tatsache beweist, daß die Betriebsordnungen nutzlos waren.«

Diese Rechtslosmachung der Arbeiter und Angestellten durch die sog. Betriebsordnung ist der Arbeitsfront aus tausend Einzelfällen und aus den Berichten ihrer Treuhänder und Kreiswälder bekannt. Sie weiß ferner, in welcher maßloser Weise sich die Industrie- und Gewerkschaften mit staatlicher Subvention und unter schlimmster Ausbeutung ihrer Belegschaften bereichern dürfen. Sie kennt die amtliche Untersuchung des Statistischen Reichsamtes, wonach 1500 Aktiengesellschaften 1935 einen Reingewinn von 514 Mill. RM., d. h. 33 Mill. mehr als im Vorjahr aufzuweisen hatten. Im Verhältnis zum Eigenkapital hat sich der Jahresgewinn auf 5,1 Prozent erhöht. Es genügt dieser Deutschen Arbeiter-Fälle, von den Unternehmern die Visitenkarte eine Betriebsgemeinschaft entgegenzunehmen. Das Gemeinschaftsbuch des Betriebes soll ein weiterer Freibrief zur Ausbeutung der Arbeitsmenschen werden. Aber weder die goldbefranzte Fahne des Nazi-Musterbetriebes, noch die Visitenkarte »Betriebsordnung«, noch das »Gemeinschaftsbuch des Betriebes«, noch andere künftige Mittelchen der Lügenpropaganda werden die Betriebsgemeinschaft der Arbeitenden zerstören oder zersetzen können. Das »Gemeinschaftsbuch des Betriebes« steht auf dem Papier, die Betriebsolidarität lebt.

## Nur die Schulden sind gestiegen

Der Rechnungsabschluss der deutschen Reichspost spiegelt die wirtschaftliche Belebung bei weitem nicht in dem Umfang wider, in dem sie nach den Behauptungen der Nationalsozialisten zu verzeichnen sein sollte. Die Wirtschaftslage des Rechnungsjahres 1935/36 entspricht nach den offiziellen Ziffern etwa dem Stand des Rechnungsjahres 1931/32. Stellen wir nun die Ziffern aus dem Jahresbericht der Reichspost für das Jahr 1935/36 denen des Jahres 1931/32 gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

	1931/32	35/36	Ver- in Millionen ände- Reichsmark rung
Vermögen am Jahresbeginn	2590	2267	-323
Schulden	625	740	115
Betriebeinnahmen	1877	1734	-143
Betriebsausgaben	1465	1371	-94
Zinsen	34	32	-2
Abschreibungen	203	195	-8
Gewinn	197	43	-154
Zuweisung an das Reich	226	104	-122

Die einzige Zunahme ist demnach bei dem Posten Schulden zu verzeichnen. Sonst bleiben alle anderen Einnahmen weit hinter dem Jahr 1931/32 zurück. Am Schluß des Rechnungsjahres 1935/36 wird eine Erhöhung des Vermögens gegenüber dem Jahresende 1934/35 um rund 43 Millionen ausgewiesen, die aber nur dadurch zustande kommt, daß die Zuwendung an das Reich um 46 Millionen Mark gekürzt worden ist. Diese Kürzung wurde dadurch mehr als ausgeglichen, daß die Reichspost von den Postscheckgeldern in Höhe von 595 Millionen Mark nicht weniger als 188 Millionen Mark in Wechseln und Schatzanweisungen des Reiches angelegt hat. Dieser Betrag ist um 100 Millionen RM höher als im Jahre vorher.

In vier Jahren haben demnach die Nationalsozialisten die Reichspost ganz bedeutend unter den Stand von 1931/1932 heruntergewirtschaftet.

## Die Fleischnot

Der ganze Umfang und die ernste Bedeutung der Fleischknappheit wird in einem Artikel der »Frankfurter Zeitung« vom 18. Oktober über die Fleischversorgung beleuchtet. Es wird darin zugegeben, daß die erste Periode der Schweinefleischknappheit ihren Höhepunkt im Oktober-November 1935 erreichte. Die großstädtischen Märkte seien

damals nur mit 30 bis 40 Prozent des wirklichen Bedarfs versorgt worden. Dieser Zustand habe bis zum Februar 1936 angehalten. Zu diesem Zeitpunkt sei die erste ernste Welle der Rinderknappheit zu verspüren gewesen. Im März 1936 seien die Schlachtungen auf 60 Prozent reduziert worden, im August und September blieben die Auftritte zu den Großmärkten immer noch um 40 bis 50 Prozent hinter den Ziffern des Vorjahres und sogar hinter den Ziffern des Krisentiefstandes im Jahre 1933 zurück. Seit dem Juli 1936 ist ein erneuter starker Rückgang des Angebots an den Schweinemärkten zu verzeichnen. So wurden im Juli 1934 630.000 Stück, im gleichen Monat 1936 500.000 Stück, im August 1932 540.000 Stück und im August 1936 nur 280.000 Stück Schweine angeliefert. Für den Monat September ergibt sich kein günstigeres Bild.

Die »Frankfurter Zeitung« bemerkt: »Die kaufkräftigen Schichten sind auch in dieser Periode der Rind- und Schweinefleischknappheit z. T. ausgewichen auf Kalb- und Hammelfleisch, die in Zufuhr und Preisbildung bisher keinen Beschränkungen unterliegen.« Für die große Mehrheit des Volkes bestand diese Ausweichmöglichkeit infolge der niedrigen Einkommensverhältnisse nicht. Sie ist das Opfer der auf die nationalsozialistischen Agrarpolitik zurückgehenden Fleischknappheit.

## Die Teuerung

In welchem Tempo die Lebensmittelteuerung in Deutschland fortschreitet, das veranschaulicht der Index für die Lebenshaltungskosten im Monat August 1936. Es ergibt sich da im Vergleich zum August 1935 in den folgenden Lebensmitteln diese Verteuerung:

Graupen	4,3%
Haferflocken	0,8%
Reis	4,9%
Nudeln	1,8%
Spelisebohnen	5,1%
Rind (Kochfleisch mit Knochen)	5,5%
Schweinefleisch	3,3%
Kalb- und Hammelfleisch	21,3%
Butter	15,0%
Eier	2,3%
Oberkleidung	4,0%
Schuhe	2,2%
	2,4%

Wir bemerken dazu, daß sich diese Preis-erhöhung nach den amtlichen Berechnungen

des Reichsstatistischen Amtes ergibt. Diese fortschreitende Teuerung in den unentbehrlichen Lebensmitteln läßt, weil die Löhne gleichgeblieben sind, das Fortschreiten des Sinkens des Lebensstandards erkennen.

## Soziale Leistung — Nebensache

Worauf es bei einem Musterbetrieb ankommt.

In den »Monatsheften für nationalsozialistische Sozialpolitik« gibt der Leiter des Sozialamtes der DAF, Mende, darüber Auskunft, welche Betriebe mit dem Ehrentitel »Musterbetriebe« und gleichzeitig wohl mit erhöhten Staatsaufträgen — zu rechnen haben. Es heißt in dem Aufsatz:

»Es kommt dabei (bei der Verleihung des Titels d. R.) nicht auf Produktionsziffern und Ertragslage an, auch nicht auf die soziale Leistung, die in der Schaffung sanitärer Einrichtungen und Gemeinschaftsräumen liegt, sondern allein auf die geistige Grundhaltung.«

Damit ist den Unternehmern die Angst genommen, daß sie etwa für ihre Arbeiter etwas Besonderes leisten müßten, um ihren Betrieb unter die Musterbetriebe einzureihen. Die geistige Grundhaltung auf die es allein ankommt, kostet nichts, sondern bringt etwas ein.

## Die Fettlücke

»Es sei nur darauf hingewiesen, daß man in der menschlichen Ernährung Fett in gewissem Umfang durch Zuführung von Kohlenhydraten ersetzen kann. Der menschliche Körper ist in der Lage, diese Kohlehydrate in Fett zu verwandeln.«

Der deutsche Verbraucher kann daher, ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen, zur Schließung der Fettlücke an die Stelle des vermehrten Fettverzehr einen erhöhten Verbrauch von Zucker, Brot und Kartoffeln setzen. Durch eine vernünftige Änderung seiner Ernährungsgewohnheiten vermag so auch er dazu beizutragen, eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit zu lösen. Mas man ernstlich will, das geht auch!« (Preuß. Ztg. Nr. 277.)

## ... wird kommen

»Alle Probleme lassen sich nicht von heute auf morgen lösen. Der Erschaffung einer starken Wehr aber wird die Beseitigung der Wohnungsnot folgen. Noch fehlen uns zwar viele gesunde Wohnungen, aber die Beseitigung der Wohnungsnot wird kommen.«

(Verbandsleiter Erasmus auf dem Verbandstag der ostdeutschen Mietervereine in Allenstein.)

## Dennoch...

»Wichtigste Propaganda-Instrumente sind Presse und Rundfunk, und dennoch entbehren beide Einrichtungen trotz dieser Aufgabe — oder besser sogar wegen dieser Eigenschaft — nicht des Charakters wichtigster Kulturfaktoren.«

(Der Intendant des Königsberger Senders, Dr. Lau, in einer Versammlung der NS-Kulturgemeinde.)

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.